

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierjährlich 1.50 M. Einzelgenpreis die 6 geplatzt. Colonialzelle für Arbeitsgerüste 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Weise Beurkung des Tages.

„Dennst du die Bedeutung des heut'zen Tages? Versuchst du auch weise zu tun, was du tun kannst?“ (Charl.)

Das Leben setzt sich zusammen aus Tageseinheiten, die eingerahmt sind von den Ruhe bringenden Stunden der Nacht. Die Nacht umfaßt gleich einer lebenden Mutter den milden Körper, die von Lebenssorgen erschöpfte Seele. Dem Tage gehört die Arbeit, das innere Wachstum, das frisch pulsierende Leben. Wer dem Tage diese Bedeutung nicht gibt, begeht Diebstahl am eigenen Leben und macht sich selbst zum Bettler. Gewiss eilen die Tagesstunden; aber gerade darum heißt es zugreifen und jeder einzelnen den passenden Inhalt geben. Die Stunden in der Arbeitsstätte verlangen Aufmerksamkeit des Geistes, Entschlossenheit des Willens, Rührigkeit der Hände; die Zeit, die im häuslichen Kreise zugebracht wird, stellt mehr Anforderungen an Herz und Gemüth; die Stunden der Erholung wollen benutzt sein, wie es dem Ideal der Menschenwürde entspricht. Dazu verlangt meist jeder Tag noch eine besondere Aufgabe.

Wie auch der Tag verlaufen mag, — in stiller Abendstunde muß man dem vorhergehenden Tage gegenüber ein Plus in idealer und materieller Hinsicht konstatieren können.

Es heißt nicht weise leben, wenn man blind in den Tag hineinlebt, mehr träumend als wachsend, mehr träge als tätig, mehr von anderen nehmend als selbst gebend, um sich am Abend sagen zu müssen, daß wieder ein Tag wertlos dahin ist. Die Lebensfülle gebietet jedem Menschen, ein fröhliches Morgen sich klar zu verden, was der Tag von ihm fordert, wie er den verschiedenen Pflichten am besten nachkommt, wie er Fehler des vorhergehenden Tages ausgleichen kann, wie er am sichersten fortschreitet, wie er andern nützt.

Ein klaret, bestimmt der Tagesplan; eine konsequente Durchführung, ein gewissenhafter Rückblick am Abend — das heißt aus dem Tage Schätze heben; das heißt, mit Weisheit die Lebensstage verbringen!

Vollwirtschaftliche Rundschau.

Von der größten Bedeutung und für die deutsche Eisenindustrie wenigstens beständig ist der Inhalt des deutsch-schwedischen Handelsvertrags. Schweden ist ein Hauptausfuhrland für Eisenerze. Neben Spanien stellt es für Deutschland den wichtigsten Eisenmarkt dar. In dem neuen Handelsvertrag verpflichtet es sich, keinerlei hemmende Bestimmungen für die Ausfuhr von Eisenerzen zu treffen. Damit hat unsere Diplomatie wenigstens einen Erfolg für unsere Industrie erreicht, wenn im übrigen der Handelsvertrag auch nicht gerade günstig ausgefallen ist. Die Bedeutung Schwedens für die Erzeinfuhr in Deutschland zeigen folgende Zahlen:

Einfuhr schwedischer Eisenerze		Gesamteinfuhr an Eisen-erzen		
Jahr	t	Wert in Mill. M.	t	Wert in Mill. M.
1888	36 459	0,5	1 163 373	14,7
89	74 587	1,3	1 284 789	17,6
90	97 536	1,8	1 522 501	21,2
91	81 680	1,3	1 408 025	19,4
92	109 011	1,6	1 645 843	22,4
93	147 045	2,1	1 573 202	21,0
94	227 034	3,3	2 093 007	27,4
95	613 920	8,6	2 017 136	27,3
96	737 581	11,4	2 586 706	34,8
97	1 260 667	19,5	3 185 644	46,7
98	1 446 892	23,1	3 514 577	54,5
99	1 476 743	25,1	4 165 372	70,2
1900	1 437 555	26,6	4 107 840	75,2
01	1 477 124	23,6	4 370 022	69,7
02	1 144 006	17,3	3 957 403	59,2
03	1 434 654	23,0	5 225 336	80,3
04	1 584 080	25,3	6 061 127	91,8
05	1 624 457	27,9	6 085 196	102,4

Die Einfuhr aus Schweden hat sowohl an Menge wie an Wert ständig zugenommen. Zu den Jahren 1888/89 stand Frankreich in der Erzeinfuhr noch an zweiter Stelle, seit 1890 ist es von Schweden überholt worden. Dieses hat immer zunehmende Bedeutung erhalten, 1898 war die Einfuhr Schwedens sogar größer als die Spaniens (1 446 842 Tonnen gegen 1 314 888). Das war allerdings eine Ausnahme. Das letztere steht heute mit seiner Einfuhr, die ungefähr das doppelte Quantum Schwedens beträgt, an erster Stelle.

Wie lange uns dieser Erzmarkt noch in so ausgedehntem Maße zur Verfügung steht, ist u. E. eine Frage verhältnismäßig kurzer Zeit. Sie hängt sehr wesentlich mit der Entwicklung der Eisenindustrie Schwedens zusammen. Das diese heute schon keineswegs gering ist, beweisen folgende Zahlen: Im 1. Quartal d. J. waren 106 Hochöfen, 295 Herde, 18 Bessemer- und 51 Martinöfen in Betrieb. Die Ausfuhr betrug 67 000 Tonnen.

Das amerikanische Wirtschaftsleben liegt — wie wir das letzte Mal geschildert haben — sehr darunter. Mit Stahl war das Schicksal, das über den

Trusts schwieb. Nunmehr ist der Schiedsspruch gegen den Stahltrust — den größten Amerikas — erfolgt; er lautet auf Auflösung. Dass diese tatsächlich erfolgt, glaubt vorerst noch kein Mensch. Durch das Urteil ist aber doch die lärmende Spannung, die sich überall bemerkbar machte, geschwunden. Die Eisenindustrie liegt allerdings noch wie vor damals. Die Aufträge gehen bei Stahltrusts haben im April gegen März um 228 000 To. abgenommen; sie betrugen im Lehrgangenen Monat 3 447 000 To., im April 3 219 000 To. Der Iron Age spricht von einer Untätigkeit, wie sie selten vorher geherrscht habe. Die Hochöfen sind nur mit 55% und die Stahlwerke gar nur mit 50% ihrer Leistungsfähigkeit im Betrieb. Die Aufträge seitens der Eisenbahnen an Schienen und Baumaterial sollen zwar etwas leichter sein, doch vermögen sie das Gesamtbild nicht zu ändern. Bei dieser Sachlage ist es nicht zu verwundern, daß nun — trotz allen Streubens — in Interessentreffen nun doch daran denkt, die Preise zurückzufordern. Diese Absicht besteht sowohl bei Eisen- als Stahl- und Stahlproduzenten. Bis jetzt ist aber noch nichts geschehen, angeblich weil sich der Stahltrust noch ablehnend verhält. Die Erwartung einer Preisreduktion hält natürlich die Nachfrage noch mehr zurück.

Die Lage auf dem heimischen Eisenmarkt ist sehr zweipältig, die Berichte widersprechen sich. Die Roheisenproduktion betrug im April nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller in Deutschland und Luxemburg 1 285 395 To. Es entfallen auf: Gussereihoheiten 249 187 To., Bessemerhoheiten 20 405 To., Thomasrohren 814 519 To., Stahl- und Spiegeleisen 145 618 To., Puddelrohren 45 666 To.; Die Erzeugung betrug im März 1 322 114 To., sie ist also um 36 719 To. zurückgeblieben. Gegen den gleichen Monat (April) des Vorjahres ist sie um 83 278 To. gestiegen. Aus Österreichien wird eine günstige, stetig steigende Entwicklung der Roheisenindustrie gemeldet. Der Stahlbetrieb Roheisenverband wurde bis 1914 verlängert. Man hofft auf vermehrte Aufträge von Ausland, das ja bekanntlich wegen Roheisenmangels die Rücksäge auf die Einfuhr von 10 Mill.蒲足 stark herabgesetzt hat.

Aus dem Norden Deutschlands wird eine verstärkte Konkurrenz englischen Roheisens gemeldet.

Wie schon früher berichtet, schwanden Verhandlungen zwecks Anschlusses der Siegerländer Hochöfenwerke an den Essener Roheisenverband. Sie haben nun zu dem Ziel geführt, daß erstere diesem beitreten mit Ausnahme der Weisweider Eisenwerke. Mit diesen soll ein Spezialabkommen getroffen werden. Nach der Köln. Sta. beträgt die Beteiligungssquote der Siegerländer Gruppe 539 500 To., worin jedoch 30 000 Tonnen für die Weisweider Eisenwerke inbegriffen sind. Die Summe der Beteiligungsziffern beträgt nunmehr im Syndikat 2 160 000 To. für 1911, 2 212 500 To. für 1912 und 2 192 500 To. für 1913.

Die Eisenausfuhr Deutschlands weist für den April keineswegs ein günstiges Bild auf. Ein starker Rückgang ist zu verzeichnen. Die Ausfuhr betrug im April 363 152 To., im März 432 154 To., bleibt also um über 69 000 To. zurück. Auch gegen den gleichen Monat des Vorjahrs zeigt sich eine Verminderung der Ausfuhr um 73 537 To. Gegen den April 1910 bleibt die Ausfuhr beiobers stark in Hölzzeug, Trägern, Stahl- und Draht zurück. Auch in der Ausfuhr von Schienen zeigt sich ein erheblicher Rückgang. Ein ähnliches Bild weist der Verband des Stahlwerksverbandes auf. Der Gesamtverband in A-Probutten stellte sich im April auf 440 416 To. Rohstoffungleichgewicht, im März dagegen auf 653 020 To. In Hölzzeug betrug der Verband im April 124 927 To. gegen 170 713 im März, in Eisenbahnmateriel 137 352 gegen 244 154 To., in Formeisen 178 137 gegen 238 153 To. Also überall ein Rückgang, während der Vormonat eine sehr starke Zunahme aufzuweisen hatte. Die Lage auf dem Bandeisenmarkt wird von der Vereinigung westfälischer Bandeisenwalzwerke als vorworn bezeichnet. Gegen die drei Verbände fernstehenden Werke richten sich die Preiserhöhungen von 2,50 M. pro Tonne.

Während wir bisher vom Stahlseitenmarkt — trotz der Auflösung der Konvention nur Gütes zu melden wußten, hat sich in der letzten Woche das Bild gründlich geändert. Die Preise bewegen sich stark mit fallender Tendenz. Trotzdem oder besser gerade deshalb, weil der Konsum mit weiteren Preisreduktionen rechnet, ist die Nachfrage sehr gering, sodass sich allenthalben eine Überproduktion bemerkbar macht. Wie das Inlandsgeschäft, so ist auch das Exportgeschäft wenig befriedigend, auch hier zeigt sich starke Zurückhaltung in der Hoffnung auf weitere Preisschlüsse, die wohl unvermeidlich sind. Besonders pessimistisch lauten die Nachrichten aus dem überseitischen Industriegebiet, wo die Preise unter dem Einfluß der westdeutschen Konkurrenz noch mehr gebrückt erscheinen. Auch die Aufträge laufen spärlich ein. Das Geschäft in Trägern ist schleppend, wenn sich auch die Preise bisher noch gehalten haben.

Aus Überseeländern allerdings wird durchaus günstige Geschäftslage bei starker Nachfrage gemeldet. Der Stahlseitenmarkt ist unverändert bei ungenügenden Preisen.

In der Preiskonvention für Draht, Drahtwaren und Drahtstöße zeigen sich starke Unstimmigkeiten eingestellt zu haben. Am 26. Mai soll eine Versammlung über den Fortbestand der Konvention beraten.

Das lechte Mal haben wir von einer beabsichtigten Interessengemeinschaft zwischen der Lübecker Maschinenbaukammergesellschaft und der Orenstein & Koppel und Krupp Koppel A.-G., Berlin, gesprochen. Die ungünstige Lage der ersten Gesellschaft ist bekannt. Die Lage der letzteren geht aus dem neulich veröffentlichten Geschäftsbericht hervor. Das Aktienkapital beträgt 26 Mill. M., dieses soll nunmehr zwecks Erwerbung von Beteiligungen an anderen Unternehmen um 10 Mill. M. erhöht werden. Die Dividende beträgt für das abgelaufene Geschäftsjahr 14% (13% im Vorjahr).

Der Rückgang, den wir dieses Mal zu verzeichnen haben, kommt nach unserm letzten günstigeren Bericht zwar etwas überraschend, war aber doch eigentlich bei der Überspannung, die schon auf manchen Gebieten herrscht, zu erwarten. Ein endgültiges Urteil möchten wir nicht fällen, bevor uns das Arbeitsblatt über den Arbeitsmarkt aufschließt. Das eine aber erhebt deutlich für den Arbeiter ist absolut kein Grund vorhanden, die Zukunft zu rosig zu schauen. Lembert sich die Wirtschaft, so wird er am ersten darüber zu leben haben. Deshalb ist Wachsamkeit und Stärkung der Betriebsorganisation unabdingt erforderlich. Ein schlechter Wirtschaftsstand ist der, der nur die Gegenwart sieht und die Zukunft nicht bedenkt.

Die neue Reichsversicherungsordnung

2. Buch: Krankenversicherung.

Die Beratung des zweiten Buches im Plenum des Reichstags ging unter Bläß und Donner vor sich. Es waren die Sozialdemokraten, die, teilsweise unterstützt von der Fortschrittspartei, das Getötter heraubeschworen und es zur Entlastung bringen wollten, zum Schaden der Mehrheitsparteien. Doch all die Beschuldigungen waren wirkungslos; die geflügelten Blätter zündeten nicht und der Donner vergrollte — es war ja nur ein Theater für politisch unreife Kinder, inszeniert von den Sozialdemokraten. Diese brachten nämlich im Plenum all die Anträge wieder ein, die bereits in der Kommission als zurzeit undurchführbar erklärt und abgelehnt worden waren. Zu ihrer Begründung hielten die Genossen dann brandige Reden und glaubten durch wütste Schimpfreiter auf die anderen Parteien die Annahme ihrer Anträge zu erreichen. Nein, darum handelte es sich nicht. Die Genossen Bläß und Schmidt haben den Stand der sozialdemokratischen Aktion verraten: „Wir reden nicht, um Zustimmung zu finden“, sondern um das Verhalten der Mehrheitsparteien zu zeichnen. Mit den Anträgen soll ein Nachschlagewerk über die Arbeit der Sozialdemokraten geschaffen werden.

Es ist also die obste, nichtsrichtige Partizipopolitik, die sie im Reichstag trieben. „Wir reden nicht, um Zustimmung zu finden“, sondern nur aus agitatorischen Gründen!

Schon früher, auf dem Partitag in Halle hat ein Führer, Abgeordneter Singer, eingestanden, daß seine Partei die parlamentarische Tätigkeit nur als Agitationssmittel benütze. Das muß man sich gut merken. Bei Schaffung des Krankenversicherungsgesetzes, 1883, hat die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags mit ähnlichem Argumenten gekämpft wie heute. Damals wurde auch mit großer Emphase von „Entziehung der Arbeiter“ gesprochen, das Gesetz als „Klassen- und Ausnahmegesetz“ erklärt. Wie ungeheuer segensreich aber die damals geschaffene Krankenversicherung wirkt, weiß heute jeder Arbeiter und Betriebsrat.

Die neue Versicherungsordnung bringt weitere Fortschritte auf dem Gebiete der Krankenversicherung.

Der Kreis der Versicherungspflichtigen

wurde bedeutend erweitert. Bisher waren nur die in bestimmten Betrieben, gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Arbeiter versicherungspflichtig. Diese Einschränkung wird nun aufgehoben. Jetzt werden nicht mehr die Betriebe, sondern einfach die Kategorien von Arbeitern genannt, welche sich gegen Krankheit versichern müssen. Dann werden außer den gewerblichen Arbeitern neu der Krankenversicherungspflicht unterworfen: Die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, ländliche und städtische Dienstboten; unständig beschäftigte Arbeiter; Wanderarbeiter; Hausgewerbetreibende, Heimarbeiter; ferner die Handlungsgesellen und Lehrlinge, Bühnen- und Orchestermitglieder, Lehrer und Gelehrte in nichtstaatlicher und gemeindlicher Stellung.

Die Versicherungspflicht wird so auf 7 Millionen Menschen erweitert. Davon sind die meisten der Landwirtschaft und der Kategorie der Dienstboten zugehörig, deren allgemeine Unterstellung unter die reichsgerichtliche Krankenversicherung in den letzten 28 Jahren nicht gelungen ist. Auch das war jetzt nicht ohne weiteres möglich. Es müssten recht unerwünschte Konzessionen hinsichtlich der Verwaltung der Landkassen und deren Leistungen gemacht werden. Darauf soll jedoch später zurückgekommen werden.

Voraussetzung der Versicherung ist die Beschäftigung gegen Entgelt, und doch das Jahreseinkommen 2000 Mark nicht übersteigt. Die Sozialdemokraten wollten alle gegen Gehalt beschäftigte Personen, auch Gewerbetreibende und Be-

amte, mit Einkommen bis zu 5000 Mark versichert haben; ob sich Leute mit 4–5000 Mark nicht selbst helfen könnten! Die familiären Parteien des Reichstages lehnten diese übertriebene Forderung ab. Auch der Krankenkassenstag in Nauenburg, der von Sozialdemokraten stark beeinflußt war, hatte sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Versicherungspflicht auf Personen mit Einkommen bis zu 3000 Mark genüge. Leider mußte der von der Kommission angenommene 2500 Markssatz wieder auf 2000 Mark abgemindert werden, weil sich dagegen eine starke Opposition gemacht hatte. Es ist aber im Gesamtentwurf dafür gesorgt, daß Leute bis zu 4000 Mark sich weiterversichern können.

Versicherungsberechtigung.

Auch hier ist gegenüber dem bestehenden Rechte und der Regierungsvorlage eine Erweiterung beschlossen worden. Es können in Zukunft auch die familiengehörigen kleineren Arbeitgeber sich freiwillig versichern, was bisher nicht möglich war. Die Kasse kann durch Sabung die Aufnahme vor einer bestimmten Altersgrenze und von der Vorlage eines ärztlichenzeugnisses abhängig machen. Im allgemeinen können Arbeiter, Werkmeister, Beamte oder andere Beschäftigte der oben bezeichneten Kategorien von Personen freiwillig der Versicherung beitreten, wenn nicht ihr jährliches Gesamteinkommen 2000 Mark übersteigt. Unter denselben Voraussetzungen können sich die familiengehörigen des Arbeitgebers freiwillig versichern, wenn sie ohne Arbeitsvertrag in seinem Betrieb beschäftigt sind. Gewerbetreibende und andere Berufsunternnehmer, also auch Bauern, können ebenfalls freiwillig der Versicherung beitreten, wenn sie regelmäßig nicht mehr als zwei versicherungspflichtige Personen beschäftigen oder deren jährliches Gesamteinkommen 2000 Mark nicht übersteigt.

Es soll hier an dieser Stelle auch gleich auf das Recht der

Weiterversicherung

hingewiesen werden, das ausscheidende Kassenmitglieder haben. Der diesbezügliche vom Reichstag angenommene § 3266 lautet in seinem ersten Absatz:

"Scheidet ein Mitglied, das auf Grund der Reichsversicherung oder bei einer knappschätzlichen Krankenfalle in den vorangegangenen zwölf Monaten mindestens sechszehnzehn Wochen oder unmittelbar vorher mindestens sechs Wochen versichert war, aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung aus, so kann er in seiner Klasse ohne Lohnstufe möglich bleiben, solange er sich regelmäßig im Inland aufhält . . ."

Es wird dann weiter ausgesprochen, daß ein solches Mitglied in eine niedere Lohnklasse oder Lohnstufe eintreten kann. Zu diesem Falle werden allerdings die Leistungen über auch die Beiträge geringer und für einen Arbeiter, der nichts, aber nicht viel verdient, erforderlicher. Wer Mitglied einer Kasse bleibt will, muß es der Kasse binnen drei Wochen nach dem Ausscheiden beim Kassenstand beklagen haben. Um sicher zu gehen, daß ein solches Mitglied bei Erkrankung in allen Fällen die Krankenleistungen erhält, ist die Anzeige innerhalb der ersten Woche nach dem Ausscheiden aus einem versicherungspflichtigen Verhältnis nötig.

Versicherungsfrei

sind Beamte, Angestellte, Lehrer usw., die in Betrieben oder im Dienste des Reichs, der Bundesstaaten oder Gemeinden sind, wenn ihnen ein Anspruch auf Krankenhilfe für 26 Wochen zusteht, oder für die gleiche Zeit ihnen Gehalt oder Wartegeld im mindestens anderthalbfachen Betrage des Kraningesetzes das ist der Viertel des Einkommens in diesem Falle, zusteht.

Als versicherungsfrei können aber auch Arbeiter erklärt werden, die nur zu einem geringen Teil arbeitsfähig sind. Es kommen hier Arbeiter in Betracht, die ihres körperlichen Zustandes wegen nur zeitweise beschäftigt werden können. Diese würden zu keiner Arbeit nicht angemommen, wenn sie der Krankenkasse angehören müßten, der Lasten wegen, die sie bisher verursachen. Der hierauf bezügliche § 186 lautet:

"Auf seinen Antrag wird von der Versicherungspflicht befreit, wer auf die Dauer nur zu einem geringen Teile arbeitsfähig ist, solange der vorläufig unterstützungspflichtige Armentrieb einverstanden ist."

für die Landwirtschaft kommt noch § 447 in Betracht. Die Befreiung tritt dort auf Antrag des Arbeitgebers ein, aber nur dann, wenn der Arbeitgeber Leistungen garantieren kann, die denen der zuständigen Krankenkassen gleichwertig sind, und wenn er die volle Unterstützung aus seiner Tasche zahlt. Die Sozialdemokraten benützen auch diese Bestimmung zu einer Hebe. Sie sagten, die Großgrundbesitzer würden sich dadurch der Versicherungspflicht entziehen und eigene Einrichtungen zum Schaden insbesondere der Krankenkassen treffen können. Für Süddeutschland ist diese Befreiung sicher hinfällig. Auch die Großgrundbesitzer des Orients werden es sich sehr überlegen, den § 447 anzuwenden, denn sie müßten die volle Unterstützung aus eigenen Mitteln beenden und ihre Leistungsfähigkeit durch Vermögensnachweis sicherstellen. Das Risiko für sie wäre also ein außerordentlich großes.

Aus der Arbeiterbewegung.

Reichsversicherungsordnung und christl. Gewerkschaften

Die sozialdemokratische Hebe bezüglich der Reichsversicherungsordnung richtet sich mit besonderer Geschicklichkeit gegen die christlichen Gewerkschaften und die ihnen nahestehenden Arbeiter-Abgeordneten. Ihnen wird ohne Unterlaß zum Vorwurf gemacht, daß sie seit dem christlichen Gewerkschaftskongreß in Köln (1909) einen schmähsichen Umfall vollzogen hätten. In Köln hätten sie sich mit aller Entschiedenheit gegen die gesetzte Höchststellung in den Krankenkassen gewandt und nunmehr im strittenen Gegenzug dazu der „Entziehung“ und „Vergewaltigung“ der Arbeiter zu gestimmt.

Das ist eine klumpe Verdrehung des Sachverhalts und Ausführung der öffentlichen Meinung. Von einem Umfall der christlichen Gewerkschaften und deren Führer kann schon deshalb gar keine Rede sein, weil die vorgelegene Dokumentation, die in Köln so entschieden abgeschaut wurde, gar nicht verirrt, sondern — hauptsächlich durch das Eintreten der christlichen Arbeiter-Abgeordneten — fallen gelassen wurde. Die Zweidrittelmajorität der Arbeiter ist erhalten geblieben in allen Fragen der materiellen Leistungen innerhalb der Krankenversicherung. Und das ist bei der ganzen Arbeiterfürsorge und Ausgestaltung der Krankenkassen doch wohl die Hauptfrage und der Kern der ganzen Frage. Und darin stand die christlichen Gewerkschaften konsequent geblieben, haben von dem auf dem Kölner Kongreß präzisierten Standpunkt nichts preisgegeben. Eine Abänderung ist nur eingetreten, bezüglich der Zahl des Vorsitzenden und des Aufsichtsrats der

Beamten, was die Sozialdemokraten mit ihrer Partei- und Güntlingswirtschaft einzigt und allein selbst verschuldet haben. Sie und nicht die Regierung oder die bürgerlichen Parteien gehören deshalb als „Arbeiterentrechter“ auf die Anklagebank. Von den christlichen Arbeitern ist es aber wahrscheinlich etwas viel verlangt, daß sie sich auch noch mit alter Macht dagegen zur Wehr sehen sollen, wenn ihren sozialdemokratischen Brüder und Freunden das Handwerk gelegt wird. Die Sozialdemokraten sollen und doch einmal die Krankenkassen mit einer sozialdemokratischen Mehrheit nennen, in der etwa auch christliche Gewerkschaftler als Beamte angestellt worden wären. So was gibt es ja nicht! In München wurden seinerzeit mehr als 9000 Stimmen für die christlichen Arbeiterkandidaten zur Krankenkassenwahl abgegeben. Die sozialdemokratische Mehrheit lehnte es trotzdem ab, diesen Massen die Verhältniswahl zugestehen. Sie wollte eben allein herrschen und sich in ihrem Zirkel nicht stören lassen. So sah es vor, daß die sozialdemokratischen Arbeiter zu manchen Kassen 80 Prozent der Beiträge bezahlten (die restlichen 70 Prozent bezahlten die Arbeitgeber, die christlich-organisierten und unorganisierten Arbeiter) und die Verwaltung der Kassen mit 100 Prozent beherrschten und von ihrer Macht den einseitigen und rücksichtslosen Gebrauch machten. Das gerechtevolle Pöllern und wütige Schlagen der sozialdemokratischen Blätter wird deshalb die christlichen Arbeiter fast lassen.

Dieser sozialdemokratischen Zeitungen, die so „sachlich“ kämpfen, wie z. B. die „Rheinische Zeitung“ in Köln, die am 13. Mai die christlichen Arbeiterschüler als „einsturzlose und pflichtvergessene Elemente“ beschimpfte, möge man an das Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften in Köln, Eintrachtstraße 147, einsetzen, damit eventl. an anderer Stelle mit ihnen geredet werden kann.

Mitsstände in Krankenkassen.

Die Sozialdemokratie hat beim ganzen Kampf um die Reichsversicherungsordnung die offenkundige Tatsache, daß sie die einseitige Partei- und Güntlingswirtschaft in den Krankenkassen getrieben hat, hartnäckig abgesegnet. Als sie sah, daß dieses dreiste Leugnen nicht ernst genommen wurde, und ganz ohne Einbruck blieb, suchte sie mit Rüttgenstrahlen nach Mitteln, um aus bürgerlichen Parteien resp. christlichen Arbeiterschülern, um die Auflösung von sich auf andere abzulenken. Solche Fälle mußten gefunden werden, wenn auch auf Kosten der Wahrheit. Zu der allgemeinen Ortskrankenfasse Essen glaubte sie die notwendigen Unterlagen gefunden zu haben. Dort war tatsächlich mit den Kassengeldern in nicht einwandfreier Weise gewirtschaftet, u. a. viel zu hohe Gehälter bewilligt worden. Plötzlich machte die sozialdemokratische Presse einen gewaltigen Lärm. „Wie es in einer von den Christlichen beherrschten Ortskrankensässe aussieht.“ „Zentrumswirtschaft mit Kassengeldern.“ So unähnlich hießen die Überschriften der Artikel, die sich überboten in Angriffen auf die „Essener Zentrumsonden“ und die in der „Essener Ortskrankensässe dominierenden Christlichen.“

Es gehört sich schon eine unglaubliche Dreistigkeit dazu, für die Essener Ortskrankensässe die Christlichen (im Sprachgebrauch heißt das so viel wie christliche Gewerkschaften) verantwortlich zu machen. Vom Essener „Volksfreund“ (Nr. 116/1911) werden folgende Tatsachen festgestellt:

1. Im Vorstand der Essener Ortskrankensässe sitzt auch nicht ein einziger christlicher Gewerkschafter.
2. Wohl sitzt seit vielen Jahren ein sozialdemokratisch organisierte Vertreter namens Hund in dem Vorstand, der die Kasse verschiedentlich gegen Angriffe in der „Arb.-Ztg.“ verteidigte, letzten noch gelegentlich eines Angriffs auf das Genehmungshaus.
3. Mit Ausnahme dieses einen sozialdemokratischen Vorstandsmitgliedes sind die Arbeitnehmervorstandsmitglieder alle unorganisiert. Parteipolitisch verteilen sich dieselben auf die verschiedenen Parteien.

So kennzeichnet sich das sozialdemokratische Geschrei als ein plumper Schwundel, als eine freche Krummbiegung der Wahrheit, vor darauf berechnet, das Kampffeld zu verlassen. Die Unehrlichkeit der Sozialdemokratie wird noch dadurch besonders gekennzeichnet, daß sie mit diesen Entwicklungen jetzt jetzt herausdrückt, obwohl ihr die Zustände schon lange vorher bekannt waren. Im übrigen wollen wir es offen aussprechen, daß wir es natürlich nur begrüßen, wenn durch die Reichsversicherungsordnung nicht nur der sozialdemokratischen Güntlingswirtschaft, sondern auch den — allerdings nur vereinzelten — bürgerlichen Einheiten ein Ende gemacht wird.

Eine neue Art „frei“gewerkschaftlichen Terrorismus.

Je mächtiger die Sozialdemokratie und die sozialdemokratischen Gewerkschaften werden, desto unruhiger werden sie gegen andersdenkende, besonders gegen christliche Arbeiter. Der Rückzug von einseitigen Monopolverträgen macht sich, und der „Grundsatz“ kommt in steigendem Maße zur Geltung: „Entweder rot oder kein Brot!“ Bisher hat man hauptsächlich auf wirtschaftlichem Gebiete diese Unruhigkeit geübt. Doch man will jetzt einen Schritt weiter gehen und alle diejenigen von der sozialtechnischen Weiterbildung ausschließen, die nicht zugleich sozialdemokratisch organisiert sind. So willt wenigstens der „freie“ Buchdruckerband. Und dazu benutzt er den bis dahin vollständig neutralen Verband der Deutschen Typographischen Gesellschaften (B. d. D. T. G.)

Diesem Verband gehörten zurzeit 115 Vereinigungen mit 6850 Mitgliedern an: Typographische Gesellschaften, Vereinigungen, Kreis- u. Bergl. Arbeitgeber sitzen hier friedlich neben Mitgliedern des Buchdruckerverbands, des Gutenbergbundes und Richtorganisatoren. Das kommt daher, weil er die Neutralität vollständig wahrt, sowohl nach der religiösen, politischen, als auch gewerkschaftlichen Seite. Im Statut heißt es: „Der Beitritt ist für alle graphischen Vereinigungen offen, welche keine anderen Bestrebungen verfolgen als solche, die auf Verbreitung des sozialen Willens gerichtet sind.“ Der Verband bezweckt eben nur „den Zusammenschluß und die taftähnliche Unterstützung der sozialtechnischen Vereine des Buchdrucks und größter Aufzähmung der in ihnen zu leistenden und geleisteten Arbeiten“. Er hat sich bisher auf diese Tätigkeit beschränkt und auch sogenannte gewirkt. Doch das soll nun ein Ende haben. Im „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ (Organ des „freien“ Buchdruckerverbands) wurden vor einigen Monaten (1910, Nr. 148) Stimmen laut mit der Aufforderung, darauf zu dringen,

der Neutralität des B. d. D. T. G. ein Ende zu machen. Es stand da zu lesen:

„Muß da nicht das Gefühl eines jeden Kollegen gekämpft werden, wenn er davon hört, daß Gutenbergbündler, Wilde und Verbandsmitglieder in sachlicher Beziehung Arm in Arm gehen? . . . Sind wir denn nicht unserer Selbstachtung schuldig, daß wir uns frei machen von diesen Elementen (!!), wie Schläden von flüssigem Edelmetall? . . . Ja, hier wäre es schon längst an der Zeit getreten, eine reine Scheidung vorzunehmen.“

Das zog. Die Typographische Vereinigung Leipzig machte in demselben Sinne in einem Circular Stimmung und stellte zu dem Vertretertag, der Ostern in Cassel stattfand, den Antrag: „Dem B. d. D. T. G. dürfen nur Vereine angehören, die statutarisch die Angehörigkeit zum Verbande der deutschen Buchdrucker zur Voraussetzung der Aufnahme von Mitgliedern machen.“

Auf dem Vertretertag kam es zu lebhaften Ausführungen, mit dem Resultat, daß der Antrag in folgender Fassung mit 39 gegen 39 Stimmen angenommen wurde: „Dem B. d. D. T. G. dürfen nur solche Vereine angehören, die statutarisch die Angehörigkeit zum Verbande der deutschen Buchdrucker zur Voraussetzung der Aufnahme von Mitgliedern machen.“

Damit ist ausgesprochen, daß man es auf die Geschäftsbüro d. h. christlich organisierten Gutenbergbündler, abgesehen hat. Ihnen soll in Zukunft der Beitritt versagt sein, es sei denn, sie schließen sich dem Verbande an. Die Annahme des Antrages hatte zur Folge, daß die gesamten Vorstandsmitglieder ihre Mandate niederlegten und sich aus dem Bureau begaben. Es wurden an ihre Stelle die radikalsten Verbandsmitglieder gewählt und der Sitz des B. d. D. T. G. nach Leipzig verlegt. Damit hatten die radikalen Elemente gesetzt.

Der Vorgang ist bezeichnend. Auf einem Gebiete, das vollständig neutral sein kann, sucht man für den Buchdruckerband das Monopol zu erstreben. Es haben nach dem Verband also nur noch Buchdruckerverbandsmitglieder das Recht auf sachliche Weiterbildung. Man sieht: Die Unruhigkeit ist bei „freien“ Buchdruckerverbänden keineswegs eine Grenze mehr!

Rundschau.

Über Preiskartelle im Handwerk macht der Schublitz der Düsseldorfer Handwerkskammer, Dr. Wilzen, in der Kartellrundschau eingehende Mitteilungen. Dr. Wilzen zeigt an zahlreichen Beispielen, wie die Handwerker auf freier Grundlage — bei Zinungen ist dieses bekanntlich durch die Gewerbeordnung verboret — Vereinigungen geschaffen haben, zur Regelung der Preise und der Produktion. Weit fortgeschritten in der Kartellierung seien u. a. die Hufschmiede. Ihre Produktionsbedingungen seien allerdings wesentlich einheitlicher, als in den meisten anderen Handwerkszweigen. Im Hufschmiedebetrieb gäbe es in verschiedenen Bezirken feststehende Preislisten mit Mindestpreisen. Die Mitglieder hätten sich unter Vertragsstrafe verpflichtet, die Preise unter allen Umständen inne zu halten. Damit die Strafen beigebracht werden können, hat jedes Mitglied Sollwechsel hinterlegen müssen. Die Preisvereinigung der Hufschmiede ist aber schon mehr als ein Kartell. Der Schmiedebund hat nämlich den Eisenhändlerverband verpflichtet, Eisenwaren nur an die Mitglieder des Schmiedebundes zu liefern. Weigert sich ein Eisenhändler, dieser Bedingung nachzukommen, so darf kein Mitglied des Schmiedebundes mehr bei ihm kaufen. Bei verschiedenen Schlosservereinigungen seien die Mitglieder verpflichtet, ihre Offeren, bevor sic dem Besteller ausgehändigigt werden, dem Geschäftsführer der Vereinigung vorzulegen. Der Geschäftsführer stellt aus den verschiedenen Angeboten den Mittelpreis fest. Letzterer gilt als Normalpreis. Aehnliche Kartellierungsbestrebungen weist Dr. Wilzen in den verschiedensten Handwerkszweigen nach. Diese Maßnahmen sind, in vernünftigem Rahmen und abgesehen von ungefundenen Terroristischbestrebungen u. g. geeignet, das Handwerk auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Dabei sind auch ausreichende Löhne für die Arbeiter möglich. Die Preis-Kartelle können, im Verein mit den Organisationen der Arbeiter, die Träger abgeben für die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft.

Unternehmerarbeitsnachweis und öffentliche Arbeitsvermittlung. Seit Jahren sind die Arbeitgeberverbände im Baugewerbe bestrebt, den Arbeitsnachweis in ihre Hände zu bringen. Daß ihnen dieses nicht gelungen ist, lag daran, daß die Bauarbeiter den Unternehmernachweis nicht benützten. Um nun die Arbeitsvermittlung an sich zu bringen und die Bauarbeiter ins laudinische Foch zu zwingen, wandte der Arbeitsnachweis für das Bauarbeiter im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet ein Mittel an, das geeignet erschien, den beabsichtigten Zweck zu erreichen. Die Filiale des bekannten Herrn Schmiedehaus ersuchte durch Rundschreiben die Bürgermeister des Regierungsbezirkes Krefeld, die Bauarbeiter ihres Bezirks auf den Nachweis der Unternehmernachweis nicht zu machen. Der Unternehmerarbeitsnachweis würde den Leuten Arbeit verschaffen. Der Verband mitteldeutscher Arbeitsnachweise hat diesen „eblen Menschenfreunden“ einen Strich durch die Rechnung gemacht. Er wandte sich an die Landräte mit dem Hinweis, daß es nicht erwünscht sei, das Land von Arbeitskräften zu entblößen. Vom Landratsamt des Kreises Schmallenberg wird jetzt bekannt, daß es den Bürgermeistern ausgegeben hat, in seiner Weise dem Rheinisch-Westfälischen Unternehmerarbeitsnachweis befürlich zu sein. Es ist erstaunlich, daß es in diesem Falle den Scharfschäfern nicht gelungen ist, durch Herauszierung auswärtiger Arbeitskräfte die einheimischen Arbeiter zur Verzehrung der Unternehmervangsanstalt zu zwingen.

Die Bloßstellung zahlreicher Arbeitgeber ist den Ortskrankensässen erlaubt. Die vereinigte Ortskrankensässe für Hannover in Köln gibt alljährlich ein Verzeichnis heraus, in dem diejenigen Arbeitgeber namentlich vermerkt sind, welche mit den Beiträgen zur Krankensäse im Rückstand sind und legt es ihrem gedruckten Jahresberichte bei. Das Verzeichnis wurde in etwa 400 Exemplaren an ungefähr 80 andere Krankensässen, 80 Ärzte und über 200 Delegierte verteilt. In der Liste waren den Namen der Arbeitgeber Benennungen angeführt, wie: unprüfbar u. c. Der Oberbürgermeister der Stadt Köln hielt dieses Verfahren, welches soll bei allen Krankensässen gebräuchlich, für ungünstig, und betont in seiner Eigenschaft als Ratschtschörte für die Volks-

die Herausgabe des Verzeichnisses. Im Falle der Bußwiderrichtung wurde den Vorstandsmitgliedern eine Geldstrafe angehängt; auch wurden die Vorstandsmitglieder der Krankenkasse darauf hingewiesen, daß sie für jeden Schaden, den das Verfahren mit sich bringe, verantwortlich seien, weil die Herausgabe der Listen ein Verstoß gegen die guten Sitten sei. Hiergegen erhob die Krankenkasse Klage im Verwaltungsstreitverfahren. Vom Bezirksausschuss wurden sie abgewiesen. Der Bezirksausschuss erklärte ebenfalls in den Listen einen Verstoß gegen die guten Sitten. Mit ihrer Revision beim Oberverwaltungsgericht hatte die Krankenkasse Erfolg. Das Oberverwaltungsgericht stellte sich auf den Standpunkt, daß ein Verstoß gegen die guten Sitten nicht vorliege; die Kasse habe sich nur vor Schaden bewahrt und niemanden schädigen wollen. Das sei ihr gutes Recht, und es gebe keine gesetzliche Bestimmung, welche ihr dieses verbiete. Denkenswert ist die Angabe des Kassenvorstandes, daß im Jahre 1906, als die Kasse unter der Zwangsverwaltung des Oberbürgermeisters stand, ihr Schaden von 20 000 Mark entstanden sei. In fraglichem Jahr ist kein Verzeichnis der zahllosen Arbeitgeber herausgegeben worden. Im folgenden Jahr, als wieder eine solche Liste erschien, habe die uneinbringliche Summe nur 14 000 Mark betragen. Die öffentliche Befragung hilft also doch.

Aus der Metallindustrie. Die Uhrentenfabrik Stollmar u. Sohn A.-G. in Pforzheim steigerte im verflossenen Jahre ihren Reingewinn von 850 544 Ml. auf 878 794 Mark. Die Dividende beträgt wie im Vorjahr 15%. Die Gesellschaft plant eine Erhöhung des Aktienkapitals um 750 000 Mark. Nach dem Geschäftsjahr hat das Werk auch im Geschäftsjahr 1910/11, trotz des Streiks, während dessen das Geschäft vier Wochen ruhte, seinen Umsatz vermehren können. — Die A.-G. Otto Müller in Berlin, Fabrik für Petroleum- und Gasaltpflanzanlagen, verteilt wie im Vorjahr 7% Dividende. — Die A.-G. Schubert u. Salzer, Maschinenfabrik in Chemnitz, schloß nach 426 547 Ml. Abschreibungen mit 994 859 Mark Reingewinn ab, wozu noch 377 660 Ml. Vortrag kommen. Der Aufschlüsselung schlägt wieder 20% Dividende vor bei 406 000 Ml. Vortrag. — Die A.-G. Welten u. Guilleaume, Karlsruher Werk in Mülheim a. Rhein verteilt 4% Dividende gegen 6% im Vorjahr. Das Fabrikationsergebnis steht auf der Höhe des vorjährigen. Der Dividendenrückgang ist begründet in Verlusten, welche die Gesellschaft bei Abstellung des Dynamowerkes und einer italienischen Filiale erlitt. — Ruhrtwerke, Motoren- und Dampfmaschinenfabrik, A.-G. in Duisburg. Unter dieser Firma ist in Duisburg eine neue Aktiengesellschaft mit einem Stammkapital von 1 200 000 Ml. gegründet worden. Zweck des Unternehmens ist die Übernahme der Motorenabteilung der Schiffshütte und der Firma Wiedenfeld u. Co. in Duisburg. — Die Bielefelder Preß- und Blechwerke, A.-G. zu Brackweber, wollen sich mit dem Stahl- und Eisenwerk Dahlhausen verschmelzen. Das gesamte Vermögen der Bielefelder Preß- und Blechwerke soll gegen Aussichtung von 400 000 Ml. an das Stahl- und Eisenwerk Dahlhausen auf diese Gesellschaft übertragen werden. Die Bielefelder Preß- und Blechwerke wurden 1902 gegründet. Das Aktienkapital beträgt 400 000 Ml. In den letzten fünf Jahren gelangten insgesamt 86% oder durchschnittlich 17,2% Dividende zur Verteilung. Das Dahlhauser Werk wurde 1900 gegründet und besitzt ein Aktienkapital von 1 800 000 Mark. Dividenden wurden seit Bestehen der Gesellschaft einmal 4% verteilt. — Der Verband selbständiger deutscher Installateure, Klempner und Kupferschmiede hielt am Christi-Himmelfahrtstag in Dortmund eine Hauptversammlung ab. Aus den Verhandlungen ist bemerkenswert für uns, daß auf Antrag des Vorstandes die Hauptversammlung den Anschluß an den Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe beschlossen hat. Bei Abschluß von Sozialtarifen will der Verband gehörig werden. Dieser Beschluß des Installateure-, Klempner- und Kupferschmiedemeisterverbandes stellt unsere Kollegen aus den betreffenden Sparten vor neue Aufgaben, die sicherlich erfüllt werden.

Wo sitzen die Streitbrecher? Wenn irgendwo ein Streik zusammenbrach, und es war nur ein kleines Häuflein christlicher Gewerkschafter mitbeteiligt, dann hob die Genossenpreße tödlicher den christlichen „Streitbrefern“ die Schuld in die Schuhe. Förmliche Schaubergeschichten wurden für das gutgläubige rote Publikum fabriziert. Richtig aber ein Streik zusammen, weil die sozialdemokratischen Gewerkschafter Streitbrecher wurden, dann wird es gart umhrieben. Letzte Beobachtung kann man einmal wieder bei dem zusammengebrochenen Streik auf Seehe „Bergmann“ machen. Siegesgewiß schrieben die roten Heerführer noch vor einigen Wochen: „Der Streik wird gewonnen, Christliche sind nicht dabei!“ Aber jetzt? — „der Streik wurde abgebrochen, da bereits eine Anzahl der Streikenden wieder angefahren war.“ schreibt geschämig die sozialdemokratische Dortmunder Arbeiterzeitung. Das ist ausgerechnet dieselbe, die sonst ihre Ehre darin sucht, im Rauspetz und Spudeln selbst die berühmte Leipziger Volkszeitung zu übertrumpfen. In gut beweglichen Tönen sagt das Dortmunder „Sozenblatt“ über die mangelhafte Solidarität der roten Kumpels. Trotzdem die Arbeiterausschüsse und mehrere Mitglieder der Streikkommision noch nicht eingestellt sind, machen die Genossen vom soz. Verband schon wieder Überhaupten. Und gerade diejenigen welche in den Versammlungen am laufen gehalten: „Wir lassen unsere Führer nicht im Stich!“ nähmen jetzt den Gemahnen das Brot. Ja, es ist ein eigen Ding um die Solidarität, die Genossen, die sie am lautesten preisen, üben sie am wenigsten. Das könnten wir oft feststellen. Die Arbeiterzeitung aber sieht daraus wieder, daß sie ein weit dankbares Geschäft betreiben kann, als stets den Splitterrichter der Christlichen zu machen. Mag sie die roten Bergvölker zur Solidarität erziehen.

Ein Scherbengericht scheint der diesjährige Kongress der sozialdemokratischen Gewerkschafter zu werden. Die Disziplinarien des Metallarbeiterverbandes in Barmen und Erfurt erwiesen sich in ihren Anträgen an den Kongress als gelehrte Schüler ihres Verbandsvorsitzenden. Letzter konstatierte bekanntlich auf der Generalversammlung dieses Verbandes in München 1908: „... wir Gewerkschafter sind die Partei!“ (Protokoll S. 43). Die Verwaltungsstelle Barmen beantragt: „bei der Auswahl der Unterrichtsführer, ist darauf zu sehen, daß dieselben hinsichtlich ihrer politischen Anschauungen der sozialdemokratischen Partei angehören.“ Die Verwaltungsstelle Erfurt verlangt: „daß die Gewerkschaftsschule der „freien“ Gewerkschafter und die Parteischule der sozialdemokratischen Partei zu vereinigen sind.“ Der den

„Unentwegten“ so verhaftete Wirtschaftspolitiker Galver, der mit seinen statistischen Feststellungen die unentbehrliechen roten Gläubigkeiten als Humbug nachwies, soll genaue Regelung und brotlos gemacht werden. Daraufhin ziehen zwei Anträge der „freien“ Bauarbeiter in Bremen — dem Domizil Dr. W. Pannenkoels. Von seinem Amt als Lehrer an der Gewerkschaftsschule Galver entfernt werden, und auch das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission der sozialdemokratischen „freien“ Gewerkschafter soll seine Arbeitsprodukte nicht mehr bringen, weil — er nicht genug in Klasse kam macht. Trotzdem werden die Sozialdemokraten weiter für sich in Anspruch nehmen, die toleranteste Partei zu sein. Dieser Fanatismus ist das Produkt der Erziehungsarbeit der Partei der „Menschheitsverbündung“, die Partei, die das rote „Schuhmacherfahlblatt“ vor kurzem nicht übel karisierte mit dem Vers: „Wir sind nun mal geborene Hasse, wir Hasse ohne Hemb und Helm“. — Wie würden diese Leute die Welt gestalten, wenn sie einmal zur Herrschaft kämen!

Die Nr. 21 der „Metallarbeiterzeitung“ ist wieder ein wertvolles Dokument zur Naturgeschichte der sozialdemokratischen Presse. Auf Seite 170 beginnt da ein Artikel über die Stuttgarter Bürgermeisterwahl, der einen Einblick in den Stand und Bank innerhalb der Partei der „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ gewährt. Scherm und Geissel vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband wenden sich hier gegen einen sehr langen Leitartikel im „Hamburger Echo“, der „nur von einer Person geliefert sein kann, die der Stuttgarter Parteileitung sehr nahestehet“. Dieser, der Parteileitung mindestens sehr nahestehende Artiller im Hamburger Echo behauptet u. a., in einem gewissen Stadium der Versammlung, wo Genosse Dr. Lindemann als Kandidat für die Bürgermeisterwahl aufgestellt wurde, sei „der Tumult am stärksten an dem Tische gewesen, wo Beamte des Metallarbeiterverbandes, darunter Scherm, saßen.“ Scherm und Geissel schen sich dagegen zur Wehr und behaupten, der Artikel sei „tendenziös zusammengebaut“. In einer „Erklärung“ im Hamburger Echo appellieren die Metallgenossen nun „an den Mut des anonymen Einsenders“, seinen Namen zu nennen; — vergebens. Dafür schreiben die Angegriffenen nur in der „Metallarbeiterzeitung“ Fraktur. Die Echoredaktion, so heißt es hier, ist „von Stuttgart aus groß angehüpft worden...“. Dann geht es in „brüderlichen“ Ton also weiter:

Wir hätten nicht die Absicht, den Raum der Metallarbeiterzeitung für diese Angelegenheit in Anspruch zu nehmen. Der Schmidartikel des Hamburger Echo hat aber sehr schnell seinen Weg in die Leipziger Volkszeitung (Nr. 111 vom 16. Mai) gefunden. Mitglieder der Redaktion dieses Blattes haben ja schon wiederholt gezeigt, welche Zinsamkeit sie entwideln können, wenn es sich darum handelt, Mitglieder der eigenen Partei herunterzureißen. Was dieses Parteiblatt bei dieser Gelegenheit geleistet hat, ist wohl eine der stärksten Verleumdungen, die jemals vorgekommen ist. Es lädt dem Artikel des Hamburger Echo eine Einleitung vorausgehen, in der es sein eigenes Gift unter anderem wie folgt verspricht:

„Die allgemeine Parteiversammlung vom 4. Mai freilich, die diese Vorschläge der Parteileitung zum Erfolg erheben sollte, stand völlig unter dem Eindruck der Revisionisten, besonders der Gewerkschaftsleiter vom Metallarbeiterverband. Sie schrie den Leiter der Stuttgarter Parteiorganisation nieher und beschloß die Kandidatur Lindemann unter Befreiung von allen ihm lästig erscheinenden Parteibeschüssen.“

„Doch bliden“ aber läßt es ohne Zweifel, wenn die „Metallarbeiterzeitung“ dann in bitterem Grolle meint:

Man muß sich dabei vergegenwärtigen, daß der Einfluß der Angestellten des Deutschen Metallarbeiterverbandes, dank der systematischen Hebe (!) „gegen die Gewerkschaftsbeamten, auf die Stuttgarter Parteileitungen so gering ist, daß mancher von ihnen es vorgeht, den Parteiversammlungen fernzubleiben, weil er es satt hat, sich stets antempeln und beleidigen zu lassen. Ferner verdient noch hervorgehoben zu werden, daß in Parteiversammlungen wiederholt mit eigentümlicher Promesse Verträge auf Schluß der Debatte erschienen und auch angenommen wurden, wenn Angestellte unseres Verbandes sich zum Wort gemeldet hatten.

Ja, ja, „man muß sich dabei vergegenwärtigen“, daß gerade die „Metallarbeiterzeitung“ sich seit Jahr und Tag redlich bemüht, den devoten Parteiknecht zu spielen und „die Massen in sozialistischem Geist zu erziehen“. Und wie hat sich andererseits nicht gerade der sozialdemokratische Metallarbeiterverband bemüht, die Geister seiner Massen zu revolutionieren und durch verkrachte Bewegungen die von den Radikalinsulis befürchtete Gefahr der gewerkschaftlichen Veripherierung der Massen abzuwenden. Da sollen die „Parteidionen“ doch wirklich endlich ein Einsehen haben und des grausamen Spiels genug sein lassen. Über llundank ist der „Parteidionen“ Lohn und wir können die Gefühle der „Metallarbeiterzeitung“ verstehen, wenn sie zum Schlusse jammern meint:

„Aus der mit gutem Bedacht gerade im Hamburger Echo erfolgten Veröffentlichung der Versammlungen offenbart sich aber das Bestreben, die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes (und besonders die Hamburger) gegen besseren Anstellten noch weiter aufzuhetzen und die Debatten der bevorstehenden Generalversammlung zu vergessen. Das ganze läuft auf eine unsaubere Stimmungsmacherei hinaus...“

Dieselbe „Metallarbeiterzeitung“ aber, die hier über „unsaubere Stimmungsmacherei“ jammert, scheut sich nicht, schon gleich in der folgenden Spalte einer der „Münchener Post“ entnommenen leichten Guträte über eine Konferenz der Funktionäre der christlichen Arbeiterbewegung Bahrens Raum zu geben. Dieses Machwerk ist ebenfalls das Produkt eines „anonimen Einsenders“, der sich ebenfalls aus lautem „Mut“ hinter dem Redaktionsgeheimnis verschrankt; es ist ebenfalls für das bloße Auge erkennbar „tendenziös zusammengesetzt“ und last not least: Es läuft ebenfalls „auf eine unsaubere Stimmungsmacherei hinaus“. — Aber, was lämmert das die „Metallarbeiterzeitung“; es geht ja gegen die „Christen“! Da lädt die „Metallarbeiterzeitung“ mit Eifer allen „Dred“ auf ihren Karren, der sich nur auf irgend einer roten Schuttablade stelle aufstreben läßt. Trotzdem aber beklagt sie sich in dem oben angezogenen Artikel darüber „... daß der erste beste in der Partei glaubt, auf uns seinen Dred

abladen zu können...“ — Da tut die „Metallarbeiterzeitung“ aber u. E. dem omlüszen ersten besten in der Partei! Unrecht: „Den „Dred“ lädt sie sich selber auf — und das ist schließlich auch die Ursache, daß sie nun im „Dred“ drin steht und noch immer läuft in den „Dred“ hineingerät.

Streiks und Lohnbewegungen.

Die Arbeiterbewegung in der Siegerländer Metallindustrie.

In der Metallindustrie des Siegerlandes stehen die Arbeiter seit Februar in einer Bewegung, die in der Hauptrichtung die Verkürzung der noch auf vielen Werken üblichen 10½-stündigen Arbeitszeit auf eine solche von 10 Stunden zum Ziel hat. Daneben spielen auch noch in mehreren Betrieben die Forderung nach Lohnsteigerung und Regelung des Wirtschaftswesens eine Rolle. Daß die Bewegung nicht auf diesen oder jenen Betrieb beschränkt blieb, sondern sich auf fast alle Werke der Metallindustrie in Siegen und der näheren Umgebung, bei denen noch die 10½-stündige Arbeitszeit herrschte, ausdehnte, ist in erster Linie dem Verhalten der Arbeitgeber zu verdanken.

Im Februar traten die Kollegen von der Siegener Maschinenbau-Akt.-Ges., vorm. A. & S. Drehelseuer, diejenigen der Walzgießerei und Dreherei von Peiper u. Cie. und von der Siegener Eisenbahnbetriebs-Akt.-G. (Abteilung Karl Weiß) jede getrennt für sich an ihre Werksleitungen mit der Forderung nach Einführung der 10stündigen Arbeitszeit heran. Die nächste Folge der diesbezüglichen Eingaben der Arbeiter war, daß auf Veranlassung der Direktion der Siegener Maschinenbau-Aktiengesellschaft eine Versammlung der Arbeitgeber in der „Erholung“ zu Siegen stattfand, an der die in Betracht kommenden Persönlichkeiten von 16 größeren Werken teilnahmen. In dieser Sitzung ist dann die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit angeblich „einstimmig“ abgelehnt worden. Das gemeinsame Vorgehen der Arbeitgeber war für die Arbeiter das Signal, nunmehr auch ihrerseits gemeinsame Sache zu machen. Die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit wurde daraufhin noch an mehrere andere Werke gestellt, umso mehr, als die „Gründe“, welche die Arbeitgeber für die Ablehnung ins Feld führten, alles andere, nur nichtlichhaltig waren. Durch die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit soll nämlich nach Angabe der Arbeitgeber die Siegerländer Metallindustrie nicht mehr konkurrenzfähig bleiben können und unbedingt zum Erliegen kommen. Dieser Einwand ist geradezu lächerlich, wie wir das an einigen Beispielen nachweisen werden.

Von etwa 65 von uns festgestellten Werken der Siegerländer Metallindustrie haben etwa 30 schon seit langem die zehnstündige Arbeitszeit. Wenn diese Werke trotzdem nicht nur konkurrenzfähig bleiben, sondern sich immer mehr entwickeln und ausdehnen könnten, dann müßte es doch mit Wunderdingen zugehen, wenn bei den übrigen Unternehmungen, welche bezeichnenderweise die größten und leistungsfähigsten Werke der Siegerländer Metallindustrie darstellen, nicht auch die Verkürzung der Arbeitszeit ohne Schädigung aller in Betracht kommenden Faktoren möglich sein sollte. Der Einwand der Industriellen ist um so hinfälliger, als z. B. die Siegener Maschinenbau-Aktiengesellschaft die Verkürzung der Arbeitszeit mit der obigen sonderbaren Begründung ablehnt, während die bedeutend kleinere Maschinenfabrik Hoffmann in Eifeldorf schon seit längerer Zeit eine Arbeitszeit von 9½ Stunden hat. Die Walzgießerei und Dreherei Peipers & Cie. stellt sich ebenfalls auf einen ablehnenden Standpunkt, und bei der Firma Kölsch & Co., ein Werk der gleichen Branche, ist die bisherige 10stündige Arbeitszeit vor kurzem weiter auf 9 Stunden 50 Minuten verkürzt worden. Den Gipfel erreicht aber die Siegener Eisenbahnbetriebs-Akt.-Ges. In der einen Betriebsabteilung dieser Gesellschaft (Stanz- und Hammerwerk) besteht seit langem die 10stündige Arbeitszeit und in der anderen Betriebsabteilung (Maschinenfabrik Weiß) wird die Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Hinweis auf die „Konkurrenz“ abgelehnt! Höher geht's nicht!

Durch die Bewegung sind bereits einige ansehnliche Erfolge erzielt worden. Die Maschinenfabrik Waldkirch hat dem Wunsche ihrer Arbeiterschaft entsprochen die 10stündige Arbeitszeit einzuführen; ebenfalls die Maschinenfabrik Breidenbach, Siegschütte. Die Firma L. Koch, Kesselschmiede, hat die bisherige 10½-stündige Arbeitszeit auf 10½ Stunden herabgesetzt. Durch die Hartnäigkeit verschiedener Arbeitgeber ist es aber andererseits bereits zu ernsten Differenzen gekommen. Bei der Firma Walzgießerei und Dreherei Peipers & Cie., wo die Kollegen neben der Verkürzung der Arbeitszeit eine 15prozentige Lohnsteigerung und Einführung eines Arbeiterausschusses fordern, haben die Dreherei infolge der ablehnenden Haltung der Direktion die Kündigung eingereicht. Wenn inzwischen keine Kündigung erzielt werden sollte, erfolgt die Arbeitsniederlegung am Tage vor Pfingsten. Über die Siegener Bergbau-Alt.-Ges., welche auf die von der übergroßen Mehrzahl der dort beschäftigten Arbeiter unterschiedene Eingabe um Verkürzung der Arbeitszeit noch nicht einmal eine Antwort erzielte, ist von den beteiligten Organisationen die Sperre verhängt worden.

Eins geht aus der gegenwärtigen Bewegung in der Siegerländer Metallindustrie und deren Begleitumständen mit aller Deutlichkeit hervor: Von einem „patriarchalischen Verhältnis“, wie es die Siegerländer Arbeitgeber ihren Arbeitern und auch der Öffentlichkeit gern glauben machen möchten, ist keine Spur mehr vorhanden. Die Siegerländer Metallindustriellen erweisen sich, sobald die Arbeiter Wünsche äußern, oder noch so bescheidene Forderungen stellen, aus demselben Holze gezeichnet, wie die großindustriellen Schärmacher im Ruhrrevier und anderswärts. Die Siegerländer Arbeiterschaft kommt je länger, desto mehr zu der Erkenntnis. Hier gibt es nur einen Weg zur Besserung. Das ist der Zusammenschluß der Arbeiter in der Organisation. Davon haben wir besonders in der letzten Zeit ganz erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen, aber viele Kollegen stehen immer noch abseits. Auch diese müssen wohl für uns geworben werden. Die unorganisierte Massen bildet den Hemmkörper an der Aufwärtsentwicklung des Arbeitstandes. Deshalb, Kollegen des Siegerlandes! Auf zur Agitation! Je stärker die Organisation, desto größer sind die Erfolge, welche wir erreichen können.

Zum Ausstand auf der Seeschiffswerft Schichan zu Danzig

In der Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums der Stadt Danzig vom 16. Mai stellte eine Anzahl Stadtverordnete die Anfrage, ob der Magistrat geneigt sei, Einigungsverhandlungen in dem Streit der Firma Schichan mit ihren Arbeitern

anzubauen. Nomens des Magistrats erwähnte der Oberbürgermeister:

"Der Magistrat ist selbstverständlich jederzeit bereit, Eingangsverhandlungen anzubauen. Zurzeit muß aber die Möglichkeit solcher Verhandlungen als sehr unwahrscheinlich bezeichnet werden. Ich habe bereits heute vormittag Gelegenheit gehabt, mit Herrn Dipl.-Ing. Carlsson zu sprechen. Es wird von seiner Seite nicht die geringste Geneigtheit zu Verhandlungen bekundet. Herr Carlsson hat erklärt, daß die auf Einigung hünftenden Bestrebungen des Magistrats völlig ausichtlos und alle Verhandlungen daher zwecklos seien."

Die Zeitungsberichte verzeichnen sämtlich nach dieser Antwort ledigstes „Hört, hört!“ und große Unruhe. Die Werftleitung hofft anscheinend immer noch, daß es ihr möglich sein wird, die Arbeiter zur bedingungslosen Aufnahme der Arbeit zwingen zu können. Bis zur Stunde ist es ihre trocken verfügbaren Mittel nicht gelungen, die im Auslande stehenden Arbeiter wankelmäßig zu machen. Bei sämtlichen bis jetzt getroffenen Maßnahmen ist der beabsichtigte Zweck nicht erreicht worden. Auch die Ablösung der Werkwohnungen hat ihren Zweck verfehlt. Letztere Maßnahme erfordert eine eingehende Besprechung.

Zu unmittelbarer Nähe der Werft besitzt die Firma eine Anzahl Wohnhäuser. Diese Einrichtung — Schichaukolonie genannt — gilt in Nachbarkeitskreisen als Beweis für die wohlwollende, fürsorgliche und selbstlose Gestaltung des Werftbesitzers gegenüber seinen Arbeitern. Ob der Werftbesitzer ursprünglich mit dieser Einrichtung nur den Zweck verfolgte, den Arbeitern billige Wohnungen zu beschaffen, ohne damit die persönlichen Freiheiten zu beschränken, lassen wir vorläufig dahingestellt. Heute gebraucht die Werftleitung diese Einrichtung als Kampfmittel, um die Arbeiter zur bedingungslosen Aufnahme der Arbeit zu zwingen. Die Art und Weise, wie die Vergabeung der Werkwohnungen gehandhabt wurde, beweist, daß die Firma schon seit Jahren mit der Möglichkeit einer Ablösung gerechnet hat. Nur an qualifizierte Arbeiter wurden Wohnungen vermietet. Fast sämtliche Vorarbeiter wohnten in der Kolonie. Auf die dort wohnenden Arbeiter setzte man seine Hoffnung. Mit diesen glaubte man sicher, den Betrieb aufrecht erhalten zu können. Es ist jedoch anders gekommen. Gleich nach der Arbeitseinstellung am 8. April erhielten die in der Kolonie wohnenden Streikenden die Aufforderung, bis zum 1. Mai die Wohnung zu räumen. Als die Arbeiter über den 1. Mai hinaus wohnten, strengte die Firma gerichtliche Klage auf, sofortige Räumung der Wohnung an. Vom Gericht wurde sämtlichen Arbeitern eine Räumungsfrist bis zum 1. Juni zugestanden. Nur ein Richter verurteilte vier Streikende, bis zum 15. Mai die Wohnung zu räumen. Diese ließ die Firma durch einen Gerichtsvollzieher auf die Straße setzen. Die ausgesperrten Mieter von Werkwohnungen sind aufgefordert, bis zum 1. Juni die Wohnung zu räumen. Auch diese Maßnahme hat nicht vermocht, die Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiter zu föhren. Bis zum 1. Juni werden sämtliche 184 streikende und ausgesperrte Arbeiter die Kolonie verlassen. Dass die Streikleitung alles getan, was in ihren Kräften stand, um Wohnungen zu beschaffen, ist selbstverständlich. Kein einziger der Betroffenen ist ohne Wohnung geblieben. Unter ihnen befinden sich ergraute Männer, die seit 20 und mehr Jahren in der Kolonie gewohnt haben. Sie sind verheiratet. Trotzdem blieben sie fest. Lieber verzichteten sie auf ihre Wohnung, als daß sie die Arbeit aufnahmen. Die Versuche der Firma, Vorarbeiter und gefeierte Arbeiter durch alle möglichen Versprechungen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, sind ohne Erfolg geblieben.

Das Vorgehen der Firma hat den Vorfall, daß nunmehr die von ihr bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit besonderem Nachdruck herbeigehobene Wohnhausseinrichtung als das erscheint, was sie in Wirklichkeit ist; nämlich als nichts anderes, als eine Fessel für die Arbeiter in ihren Bestrebungen um Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage; als ein Mittel in der Hand des Arbeitgebers, um die Arbeiter dauernd niedergedrängt zu halten. Wenn es in diesem Falle verfaßt hat, so ist das ein Geweis, wie bitter ernst es den Arbeitern ist, mit dem Kampf um die Besserung der gestellten Forderungen. Die Abschaffung des Vertreters der Firma vor Gericht: „Die Firma kann doch nicht eine Einrichtung, welche sie in ihrem eigenen Interesse geschaffen hat, Arbeitern überlassen, die in den Streik getreten sind“, wollen wir für heute nur registrieren.

Nachdem die Firma mit ihrem Vorgehen keinen Erfolg erzielt hat, versucht sie durch Zuschüssen an Danziger Zeitungen es so darzustellen, als hätten die Arbeiter ganz unerfüllbare Forderungen gestellt; als würde durch Bewilligung derselben die Rentabilität und Konkurrenzfähigkeit unmöglich gemacht. In Wirklichkeit sind die von den Arbeitern gestellten Forderungen das mindeste, was die Arbeiter im Interesse einer menschenwürdigen Lebenshaltung, zur Erhaltung der eigenen Arbeitskraft und Gesundheit, im Interesse ihrer Familie und im Interesse der Allgemeinheit zu fordern verpflichtet sind. Bezuglich der Frage der Rentabilität reichen wir uns dem an. Was ein von den Arbeitern insangs Mai herausgegebenes Flugblatt darüber sagt:

„Die Rentabilität, Leistungsfähigkeit und Konkurrenzfähigkeit der Firma wird durch die Forderungen der Arbeiter nicht beeinträchtigt. Es ist eine alte Erfahrung, daß die Verkürzung der Arbeitszeit bis zu einer gewissen Grenze die Leistungen der Arbeiter nicht herabsetzt. Ein besserer Lohn ermöglicht dem Arbeiter eine bessere Ernährung, erhöht seine Schaffenskraft und seine Schaffensfreude, und damit auch seine Leistungen. Da alle übrigen Werften höhere Löhne zahlen als die jetzt von den Arbeitern bei Schichau geforderten, erlebt sich auch die Frage der Konkurrenzfähigkeit der Firma von selbst. Die geringen Mehrkosten für Materialtransport fallen dagegen kaum ins Gewicht.“

Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Firma Schichau ist zudem zu bekannt, als daß mit solchen Argumenten die Haltung der Werftleitung auch nur scheinbar als gerechtfertigt dastehen könnte. Außerdem ist die Firma zum großen Teil mit Lieferungen für das Reich beschäftigt. Wenn die Firma versucht, darzulegen, daß durch das Vorgehen der Arbeiter die Industrie des Reichs gefährdet, ja in Frage gestellt würde, so schließen wir uns auch hier dem an, was das obengenannte Flugblatt in Beantwortung der Frage: „Hat die Arbeiterbewegung auf der Schichauwerft in Danzig Bedeutung für die Allgemeinheit?“ sagt:

„Die wirtschaftliche Lage von 1500 Arbeitern, die mit ihren Familien ca. 7000 Köpfe zählen, hat einen ganz bedeutenden Einfluß auf das Leben von Hand und Gewerbe. Der Reichtumsdienst des Arbeiters fließt dem Handwerk und Kaufmann zu. Ist es etwa zu bedauern, wenn die Lebenshaltung des Arbeiters verbessert, wenn sein Familieneben gehoben, wenn ihm die Möglichkeit gegeben wird, an der geistigen und materiellen Kultur des deutschen Volkes einen Beitrag zu leisten?“

Denen Nutzen zu nehmen? Liegt die Gehaltung der Gesundheit und Kraft des Arbeiters nicht im Interesse des Staates, der Gesellschaft, nicht zuletzt auch gerade im Interesse der deutschen Industrie? Erwachen nicht gerade durch eine in Ehrlichkeit lebende, in geistiger und sittlicher Reinigkeit erhaltene Arbeiterschaft der Allgemeinheit schwere Lasten? Nur eine körperlich leistungsfähige, geistig und sittlich hochstehende Arbeiterschaft ist imstande, der deutschen Industrie den Weltmarkt zu erobern und zu erhalten.

Die Arbeiterschaft stellt keine unerfüllbaren Forderungen, keine Forderungen, welche die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Gewerbes vermindern könnten. Sie hat genügend Einblick in die wirtschaftlichen Zusammenhänge und wird nicht die Quelle verstopfen, aus der ihr selbst der Unterhalt fließt. Aber sie darf wohl den ihr gehörenden gerechten Anteil an den Früchten des deutschen Gewerbelebens verlangen. Die Zeiten sind vorbei, da der Handwerker und Arbeiter sich die Lohn- und Arbeitsbedingungen einseitig vorschreiben lassen müsste. Es ist nachgerade allgemein anerkannter Grundsatz des wirtschaftlichen Lebens geworden, daß die Arbeiterschaft bei Feststellung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ein Wort mitzutragen hat. Etwas anderes verlangt auch die Arbeiterschaft der Schichau-Werft nicht. Sie will gehört werden, sie will mit dem Arbeitgeber verhandeln.“

Um der Bewegung sind zurzeit beteiligt 1444 Arbeiter. Davon stehen im Streik 797, ausgesperrt sind 647. Die Zahl der Kinder, die von den Gewerkschaften unterstützt werden, beträgt 2218. Die christlichen Gewerkschaften sind beteiligt mit insgesamt 453 Mitgliedern, davon 348 Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbands.

Ebing. Am Mittwoch, den 24. April fand hier im großen Saale des „Eholschulheim“ eine öffentliche Versammlung unseres Verbandes statt, welche von über 1000 Personen besucht war und einen begeisterten Verlauf nahm. Dieselbe wurde eröffnet und geleitet vom Kollegen Minter-Berlin. Kollege Schümmer-Danzig referierte in 1½-stündigem Vortrage über: „Der Ausstand auf der Schichauwerft in Danzig“. Die Versammlung bedeutet einen guten Schritt nach vorwärts für unseren Verband in Ebing. Die Zahl der Mitglieder nimmt täglich zu. Im Interesse der Ebinger Arbeiter liegt es, den christlichen Metallarbeiterverband zu stärken, damit sie für alle Fälle gesichert sind.

Zum Ende des Streiks bei der Firma Herbrand & Co. in Köln-Ehrenfeld.

Wie wir in der vorigen Nummer kurz berichteten, ist der Streik auf der Waggonfabrik Herbrand u. Co., A.-G., mit einem Erfolg für die Arbeiterschaft beendet worden. Es wird unsere Kollegen interessieren, wenn wir hier kurz noch einiges über den Verlauf des Kampfes berichten. Zu beklagen waren hier wie auch andernorts die schlechten Organisationsverhältnisse der Arbeiterschaft: zu Beginn des Kampfes waren von den ca. 800 Arbeitern des Werkes noch gut 300 nicht organisiert. Da ist es erklärlich, daß der bestehende Arbeiterausschuß, obgleich er dundernd Male bei der Firma zwecks Abwendung der fortlaufenden Lohnreduzierungen und Verlängerung der Arbeitszeit auf 10 Stunden vorstellig wurde, nichts erreichen konnte. Der Arbeiterausschuß kann eben nur da voll zur Geltung kommen, wo er an einer geschlossenen organisierten Arbeiterschaft die nötige Rückendeckung und Stütze findet. Es war vornehmlich die gelehrte Arbeiterschaft, welche den Weg zur Organisation gefunden. Infolge der verschiedenen Berufe und Sitzungen waren nicht weniger als 13 Organisationen beteiligt. Da die Verhältnisse bei Herbrand dringend einer Rendierung bedurften, wurde in verschiedenen Sitzungen das Für und Wider eines Angriffskampfes erwogen. Unterdessen war die Firma weiter bemüht, die Arbeiterschaft zu beruhigen; ein Teil der Ladierer trat schon einmal in den Tuftstand, gab ihn aber nach einigen Tagen als z. Zt. ausichtslos, wieder auf. Das Werk, welches schon seit 2½ Jahren die neunstündige Arbeitszeit durchgeführt hatte, verlängerte diese dann für 2 Abteilungen auf 10 Stunden. Ein Ausschusmitglied wurde gefeuert. Das schlug dem Faß den Boden aus. Die Arbeiter stellten zunächst ihre Forderungen an die Firma auf: 1. Festlegung der neunstündigen Arbeitszeit; 2. eine Lohnzehrung um 10 Prozent für alle Arbeiter; 3. höchstliche Lohnzehrung. Diese Forderungen wurden durch den Arbeiterausschuß bei der Firma eingereicht und begründet. Diese lehnte, mit Ausnahme von Punkt 3, alles glatt ab.

In drei Parallelversammlungen erkannte der Arbeiterausschuß Bericht von den Verhandlungen mit der Direktion. Nach reichlicher Beratung wurde die Einzelung der Kündigung beschlossen. Diese wurde dann auch abgesegnet von einer geringen Minorität, geöffneten eingereicht. Die wenigen, welche beabsichtigten, z. B. bei dieser Gelegenheit „ins rechte Licht“ zu rücken, wurden nun seitens der Firma gefündigt. Daß dieses alle solche waren, welche immer die Gewerkschaftsbeiträge „gepflegt“ hatten, braucht nicht besonders erwähnt zu werden. Doch jetzt zeigte es sich, daß es mit den Erspartissen an „erlaubten Gewerkschaftsbeiträgen“ nichts war und auch die Firma auf sie keinerlei Rücksicht nahm. Mögen diese Kollegen jetzt daraus die richtige Schlussfolgerung ziehen, nämlich, daß gerade die Gewerkschaftsbeiträge sich am besten rentieren.

Noch ehe die achtjährige Kündigungsfrist beendet war, zogen die Firma ihre Fäde zu brechen. Ein Teil der in Kündigung stehenden Kollegen wurde angegangen, weiter zu arbeiten. Die Presse berichtete, daß der Betrieb ein halbes Jahr ruhen sollte. Nachdem auch die Rheinische Zeitung diese Meldung brachte, demonstrierte die Firma diese Nachricht. Alle Schiedsschäfte hatten aber nicht getroffen. Die gesamte Arbeiterschaft trat am 15. April in den Streik. Am 24. April richteten die Vertreter der einzelnen Organisationseinrichtungen ein Schreiben an die Firma zwangs Einleitung von Verhandlungen. Ein ablehnender Bescheid war die Antwort. So ging denn der Streik weiter. Daß aber eine Wendung eintrete, war für die gesamte Arbeiterschaft nicht zweifelhaft. Denn ein Großbetrieb, der bis zu 15 Prozent Dividende abwirkt, wird dauernd nicht zum Stillstand gebracht, weil der Verhältnisse wegen ein Streik eingetreten ist.

Die Wendung kam. Noch vor Ablauf der vierten Streikwoche ging die Firma dazu über, ihre gesamte Arbeiterschaft sowohl mündlich als auch schriftlich zur Wiederaufnahme der Arbeit einzuladen. (Mehreres hierüber ist ausführlich in Nr. 20 unseres Organes veröffentlicht worden.) Die Wiederaufnahme der Arbeit und die Heranziehung einer Streikbrecherkolonne sollten am 15. Mai erfolgen. Zwei Dinge, die miteinander unvereinbar waren und von denen auch nur das letztere eintraf. Freiwillig hatte sich die Direktion und Betriebsleitung zum Erschlag der „Gesellschaft“ eingefunden. Aber auch die freitenden Arbeiter und hunderte Bürger von Köln-Ehrenfeld waren erschienen und hatten der Fabrik entlang Aufstellung genommen. Die Polizei fehlte natürlich auch nicht, ein Beispiel der Spannung und Erwartung. Die

Ruhe und Disziplin der Arbeiter zeigte sich auch in dieser Situation. Nirgends trat eine Erregung und Störung ein. Auch dann nicht, als gegen 7½ Uhr die „Arbeitswilligen“ per „Expreszug“ vom Köln-Ehrenfelder Staatsbahnhof aus über das Anschlagsgelehr der Firma in die Fabrik hinzugeschoben wurden. Als „Dente von Bildung“ gaben diese „willigen Elemente“ sofort bei ihrem Eintreffen ihre „Visitenkarte“ ab. Ortskassen schneidend zeigten sie ihre Rechte aus den Fenstern des 4. Klasse-Wagens, in den sie eingepfercht waren und später aus den Fabrikfenstern. Eine Beschwerde bei der Polizei brachte Abhilfe. Ein Wagen drohte, Blechrollen und das notwendige Material von der Adlerbrauerei waren schon vorher in die Fabrik hineingeschleppt worden. So war alles in „Schuß“ geordnet. Die Arbeit konnte beginnen. Und sie begann. Merkwürdig nur, daß dann auch zugleich eine Einsichtung auf Seiten der Werksleitung begann. Klagen über die „Lösen, streikenden Arbeiter“ trat der Betriebsleiter an zwei auf Streikposten stehenden Ausschusmitgliedern heran. Das war ein paar Stunden nach dem Eintritt der „Ausstreiter“. „Soll ich mit diesen Leuten arbeiten?“ so sprach der Betriebsleiter. „Kommt, nehmt die Arbeit wieder auf, die Direktion wird Zugeständnisse machen.“ Die streikenden Arbeiter, von denen auch nicht ein einziger zum Streikbrecher wurde, wollten aber zuerst Zugeständnisse befriedigender Art sehen, bevor die Arbeit aufgenommen werden könne. Die Firma sah ihr verlorenes Spiel ein. Die angeworbene Streikbrecherkolonne hatte ihren Zweck verfehlt, die Einsichtung der streikenden Arbeiter war misslungen und zum Arbeiten — nein, dazu sind solche Leute schlechterdings nicht zu brauchen. Die Direktion trat nun in weitere Verhandlungen mit dem „Arbeiterausschuß“ ein. Mit den „Organisationsvertretern“ zu verhandeln, was aus „prinzipiellen“ Gründen abgelehnt worden. Schon im Anfang der Verhandlungen zeigte sich der Verhandlungsführer (16 Arbeiter), als zu groß. Die Direktion befürwortete selbst eine Verkleinerung. Sechs Tage zogen sich die Verhandlungen hin. Manche Klappe zeigte sich. Zu jedem Vorschlag nahmen die Kollegen Stellung. Bis schließlich auf Grund folgender Vereinbarungen der fünfzehnige Kampf sein Ende nahm:

Vereinbarungen

zwischen der Waggonfabrik Herbrand & Co. in Köln-Ehrenfeld und deren Arbeiterausschuß.

1. Die Arbeitszeit wird festgesetzt von morgens 7 bis 12 Uhr und nachmittags von 1½ bis 7 Uhr, mit je 2 Pausen von 20 Minuten. Sonnabends wird von 1½ bis 4 Uhr 35 Minuten ohne Pause gearbeitet.

2. Die Lohnzahlung erfolgt jede Woche, und zwar Freitag nach Arbeitsabschluß.

3. Den Schlossern von Meister Ebgen, Meister Böddeler, sowie den Drehern, Hoblern und Stoßer des Meisters Neher wird durch Einführung eines geregelten Altkorbystems die Garantie gegeben, 2—3 Pf. pro Stunde mehr zu verdienen, bis zum Höchstverdienst von 70 Pf. pro Stunde; leichtere kann in einzelnen Fällen überschritten werden.

Diese Bestimmungen gelten auch für die Klempner, Niete, Bohrer, Schleifer, Stanzer, Säger, sowie den sonstigen Altkorbschreibern in den oben angeführten Abteilungen. Die Metzger, Stochalter und Zuschläger dieser Abteilungen erhalten eine Lohnsteigerung von 2 Pf. pro Stunde. Die Löhne der Reparatur- und Werkzeugfächler, Heizer und Maschinisten, sowie die Arbeiter der elektrischen Anlagen steigen um 2—5 Pfennig pro Stunde.

4. Die Altkorbprix der Schmiede werden so geregelt, daß die Öfenleute bis zu 60 Pf. pro Stunde verdienen, ohne daß dadurch die bisherigen Verdienste der Schmiede geschränkt werden.

5. Den Holzmaschinenarbeitern wird ein Aufschlag von 2—4 Pf. gewährt.

6. Den Schreinern, Stellmachern und Polierer wird ein Mindestverdienst von 59 Pf. die Stunde und ein Höchstverdienst von 70 Pf. garantiert. Innerhalb dieser Grenzen ist dem einzelnen durch Einführung eines geregelten Altkorbsystems die Garantie gegeben, erheblich mehr zu verdienen, wie bisher; auch kann die Höchstgrenze von 70 Pf. in einzelnen Fällen überschritten werden.

7. Für sämtliche Tagelöhner, Holztransporteure und Hilfsarbeiter beträgt der Einstellungslohn 38 Pf. pro Stunde. Dieser Einstellungslohn erhöht sich nach kurzer Beschäftigungsduer um 3 Pf. pro Stunde. Sämtliche oben bezeichneten Arbeiter erhalten eine Lohnaufbesserung von 3 Pf. pro Stunde.

8. Die Packierer und Anstreicher sollen bis zu 70 Pf. pro Stunde verdienen. Die Altkorbprix werden so bemessen, daß obiges Verdienst erreicht werden kann.

9. Diejenigen Arbeiten, die bis dato in der Sattlerrei im Lohn zu 40 Pf. pro Stunde gemacht wurden, werden in Zukunft in Altkorbe hergestellt. Diese Altkorbprix, sowie die Preise bei Abteilungen sind so bemessen, daß die Sattler bis zu 70 Pf. pro Stunde verdienen können.

10. Für Überstunden werden bei Lohn wie bei Altkorbsarbeit 20% Zuschlag bezahlt.

11. Mahlregelungen finden nicht statt. Die Streikenden werden ohne Ausnahme wieder eingestellt. Die bisherigen Arbeitsjahre werden in Abrechnung gebracht.

12. Eine ärztliche Untersuchung der Streikenden findet nicht statt.

13. Die fremden Arbeiter, die während dem Streik eingestellt worden sind, werden vor Wiedereintritt der Streikenden entlassen.

14. Diejenigen Arbeiter, welche anderwärts Arbeit angenommen haben, können sich innerhalb 3 Tage nach Wiederaufnahme der Arbeit zur Wiedereinstellung melden und werden dann ebenfalls wieder eingestellt.

15. Nachdem die Arbeit wieder aufgenommen ist, soll das Strafssystem unter Bezugnahme des Arbeiterausschusses einer Rendierung unterzogen werden.

Köln-Ehrenfeld, den 22. Mai 1911.

Der Direktion.

So hat auch dieser Kampf mit einem Erfolg geendet, der der gesamten Arbeiterschaft zur Ehre gereicht. Dieser Kampf hat aber auch gezeigt, daß es unsern Kollegen wohl möglich ist, auch innerhalb der Großindustrie sich den rechtigen Einfluss zu verschaffen. An den gesamten Kollegen der Waggonfabrik A.-G. Herbrand & Co. wird es liegen, sich in diesem Kampfe errungene Anerkennung und Position zu erhalten. Dieses geschieht nur, wenn die Kollegen an der gewerkschaftlichen Organisation festhalten und für einen weiteren Ausbau des christlichen Metallarbeiterverbandes eintraten. Zum Schluß kann das eine konstatiert werden, daß auch dieser Kampf nach jeder Richtung hin seine Lehren hinterlassen hat. Mögen die Kollegen das ihre daraus entnehmen und danach handeln.

Zur Lohnbewegung der Baumschlosser in Freiburg i. Br.

Nachdem in den letzten Jahren für die meisten hier in Frage kommenden Berufe tariflich geregelte Arbeitsverhältnisse geschaffen wurden, regen sich nun auch die Schlosser erneut zur Erringung eines Tarifes. Die früher diesbezüglichen Bewegungen führten zu keinem Erfolge. So wurden denn die Kollegen schon im Spätsommer 1910 in den Versammlungen aufgemuntert, mit Stude, Bähigkeit und Ausbauer die Stärkung unserer Ortsgruppe zu betreiben; in einer im Frühjahr abgehaltenen öffentlichen Schlosserverfassung wurde dann der Entschluss gefasst, in eine Tarifbewegung einzutreten. Nach entsprechender Benachrichtigung erklärte der freie Verband, gemeinsam mit vorgeben zu wollen. In einigen kombinierten Sitzungen wurde ein Vertrag ausgearbeitet und am 29. April einer Schlosserverfassung unterbreitet, welche einstimmig die Forderungen gut hielt und zu dem ihren machte. Der Vertragstext wurde darauf mit einem entsprechenden Verfassungsbericht der Firma zugesetzt. Die Antwort, welche in der Schlosserverfassung am 20. Mai bekannt gegeben wurde, war: Die Schlosserinnung lehnt jede Verhandlung mit den Gewerkschaften ab und erkennt nur den Gesellenausschuss als Vermittler an. Unser Referent, Kollege Tränkle, hob demgegenüber mit Recht hervor, daß diese Antwort nicht befriedigen könne. Selbst lange Jahre Gesellenausschusstmäßig, wußte er aus seiner Erfahrung zu berichten, daß der Gesellenausschuss allein gar nicht in der Lage sei, bei der Firma eine Lohnverhöhung durchzuführen. Der Gesellenausschuss kann nur dann etwas durchsetzen, wenn er eine starke Organisation im Rücken hätte. Die der Versammlung vorgelegten Fragen: Sind unsere Forderungen berechtigt; sind wir gerüstet; ist Aussicht auf Erfolg da und gehen auch alle Kollegen bei beschlossenen Streit mit aus der Werkstatt? müßten bezahlt werden können. Der Mitgliederzuwachs von 100 Prozent im letzten halben Jahre zeige, daß alle Kollegen den Ernst der Lage erkannt und zur entschlossenen Mitarbeit bereit seien. Beschlossen wurde sodann zunächst noch einmal einen Versuch zu unternehmen, mit der Firma Verhandlungen anzuknüpfen und eventl. das Gewerbeamt als Vermittler anzuwerben.

Aufgabe unserer Kollegen ist es nun, sich für einen ebenso notwendig werdenden Kampf gerüstet zu halten; die nächste Versammlung wird die Entscheidung bringen. Da heißt es Disziplin über und auf das Wort erfahrener Führer zu hören — bis dahin aber suchen wir noch den leichten Unorganisierten unseren Meistern anzuhören und als Mithilfe zu gewinnen. Die auswärtigen Kollegen aber werden durch vorläufiges Meiden unserer Brüderstadt das Thürige zum Gelingen unserer Bewegung beitragen, damit auch die Freiburger Schlosser hinsichtlich ihrer Arbeitsverhältnisse den anderen Berufen als gleichwertig zur Seite stehen dürfen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusehen, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Düsseldorf. Die Eisengießerei der Firma Schwarz ist für former gesperrt.

Düsseldorf-Benrath. Die deutsche Maschinenfabrik ist für Dreher und Maschinenarbeiter aller Art gesperrt.

Schloß-Holte. Auf der "Holter Elsenhütte" (Inh. Dr. H. Tenge) stehen die Arbeiter im Streik. Zugang von Beschlagsmieden, Schlossern, Formern und Hülsarbeitern ist fernzuhalten.

Danzig. Auf der Seeschiffswerft F. Schichau ist Streik ausgebrochen. Zugang von Handwerkern und Arbeitern aller Art nach Danzig und Elbing ist fernzuhalten.

Megensburg. Hier selbst stehen die Schlosser im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Tendenhorst i. W. In den Tendenhorster Emailierwerken sind Differenzen ausgebrochen.

Kauten. Das Emailierwerk der Firma Prang Söhne ist wegen Kündigung der organisierten Arbeiter, für Arbeiter aller Art gesperrt.

Menden-Bösperde. In der Drahtweberei und im Feinzug der Firma "Neuwalzwerk" sind Lohndifferenzen ausgebrochen. Zugang von Drahtarbeitern aller Branchen ist fernzuhalten.

Menden. Bei der Firma Schmöle u. Co. haben die Feller die Kündigung eingereicht. Zugang von Fellern und Gürtlern ist streng fernzuhalten.

Dortmund. Der Arbeitnachweis des Arbeitsgebertandes, Moritzgasse 1, ist für sämtliche Berufe gesperrt.

Dortmund-Almen. Die Arbeiter des Stodumer Stahlwerks stehen wegen Altkordifferenzen und Maßregelung mehrerer Kollegen im Streik.

Dortmund-Witten. Über die Wittener Stahlformgießerei ist wegen Lohndifferenzen die Sperrung verhängt.

Gevelsberg. Bei der Gevelsberger Herd- und Ofenfabrik stehen die Emailierer, Dreher und Aufsträger wegen Lohnforderungen und Mißständen in Kündigung. Zugang von Emailierern, Drehern und Aufsträgern ist fernzuhalten.

Siegen. Die Siegener Stahlrohrenwerke G. m. b. H. in Weidenau sind infolge erheblicher Altkordreduzierungen für die Arbeiter aller Berufe gesperrt.

Siegen. Über die Siegener Aktiengesellschaft für Eisenkonstruktion, Brückenbau und Bergbau ist die Sperrung verhängt.

Freiburg i. Br. Hier stehen die Baumschlosser in einer Tarifbewegung. Zugang ist fernzuhalten.

Siegen. Bei der Firma Peiper & Cie., Walzenbrecher und Gießerei, haben die Walzenbrecher die Kündigung eingereicht. Zugang von Walzenbrechern ist streng fernzuhalten.

Willingen, (Kreis Nees). Auf dem Puddel- und Walzwerk Prinz-Leopold-Hütte stehen die Arbeiter wegen Lohnforderungen und Mißständen in Kündigung. Zugang von Puddlern und Walzwerkarbeitern ist fernzuhalten.

Köln. Die Baumschlosser stehen wegen Nichtanerkennung des Tarifs bei einem Teil der Meister im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Berlin. Die hiesigen Baumschlosser stehen im Streik.

Hildesheim. Bei der Firma Eduard Aihorn, Molzereimühlen und Gerätefabrik, Althausen-Anlagen, haben die Klempner und Bergländer infolge Differenzen die Kündigung eingereicht. Zugang ist fernzuhalten.

Zugang ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 4. Juni 1911 der dreinundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 4. Juni bis 10. Juni fällig.

Die Ortsgruppe Falkau (Babenhausen) hat die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokal-Beitrages von 5 Pf. Die Nichtbezahlung dieses Beitrages hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Aus dem Verbandsgebiet.

Olsberg. Am Sonntag den 14. Mai haben wir hier in Olsberg einen christlich-nationalen Arbeitertag für das Sauerland abgehalten, der sicher noch recht lange in der Erinnerung alter Teilnehmer fortleben wird. Außer den anwältigen Kollegen von Olsberg und Bigge waren die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften aus Alme, Warstein, Brilon, Höppen-Vontischen, Altenhausern, Hessneringhausen, Nuttlar, Altenhövel, Nieder-Ehlo und sogar aus Neheim in recht stattlicher Anzahl erschienen. An dem bei prachtvollem Frühlingswetter sich entfaltenden Festzuge nahmen an 500 Kollegen teil. Zur anschließend daran in der Olsberger Schützenhalle stattfindenden Festversammlung entwickele sich recht bald ein reges Leben und Treiben. Alte Bekanntschaften wurden erneuert, alte, liebe Erinnerungen aufgefrischt und vor allem ein großer Zug ging durch alle Teilnehmer das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit in der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Auch der Herr Antmann von Bigge, sowie Vertreter der Christlichkeit und der Lehrerschaft hatten sich zu diesem Fest der christlich-nationalen Arbeiter des Sauerlands eingefunden, während die Teilnahme der Olsberger Bürgerschaft zu wünschen übrig stellte. Unsere Kollegen in Olsberg werden sich jedenfalls bleiben, die auch unsern Bestrebungen das nötige Verständnis entgegenbringen, genau angesehen haben und dementsprechend zu handeln wissen. Kollege Giesberts hatte es sich nicht nehmen lassen, trotz der gegenwärtigen überaus anstrengenden Parlamentsarbeiten, einmal für einen Tag das geräuschvolle Berliner Platz mit den stillen Bergen unseres schönen Sauerlandes zu vertauschen und hielt die Feste fest. Seine maroden Darlegungen zeigten die Ursachen, die zur Gründung der christlichen Gewerkschaftsbewegung geführt hatten und führte weiter die Notwendigkeit derselben an Hand der gewaltigen volkswirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands den Unwissenden klar vor Augen. Er schilderte weiter, wie die christlichen Gewerkschaften zum Kristallisierungspunkte aller christlich und national denkenden Kreise der deutschen Arbeiterschaft gegenüber der zerstörenden Tätigkeit der Sozialdemokratie und der mit ihr verbündeten sozialdemokratischen Gewerkschaften standen und gab zum Schluss der Hoffnung Ausdruck, daß die Voreingenommenheit, die leider heute noch in vielen Kreisen gegenüber der christlichen Gewerkschaftsbewegung besteht, baldmöglichst einem verständigen Zusammenarbeiten mit der christlich organisierten Arbeiterschaft Platz machen möge. Die christliche Arbeiterschaft müsse sich eine immer mehr zunehmende Stärkung der christlichen Gewerkschaftsbewegung im wohlverstandenen Interesse des Volkganges energisch angelegen sein lassen.

Der gewaltige Beifall, den die Feste des Kollegen Giesberts bei allen Teilstücknern auslöste, bewies wohl am besten, wie sehr er unsern Sauerländern aus dem Herzen gesprochen. Musikvorträge, genielenschaftliche Lieder etc. hielten die Kollegen noch recht lange beisammen, bis einer nach dem andern schied mit dem frohen Bewußtsein, nach der schweren Arbeit des ganzen Jahres einmal ein paar frohe Stunden im Kreise von Gleichgesinnten verlebt zu haben, die hoffentlich allen Teilnehmern ein Ansporn sein werden, wenn es irgend möglich ist, in Zukunft noch mehr als bisher mitzuarbeiten an dem weiteren Ausbau der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Besonders unsere Kollegen von der Olsberger Hütte, die sich wohl erinnern werden, daß sie im vorigen Jahre an demselben Tage in den Streik traten, werden am Sonntag wohl erneut zu der Überzeugung gelommen sein, daß sie ohne den christlichen Metallarbeiterverband nichts bedeuten und daß sie nur zusammengeschlossen in ihm die gewiß noch in manchen Punkten verbesserungsbefürchtigen Verhältnisse auf der Olsberger Hütte ändern können.

Bieren. Unseren bei der Firma S. Lenk beschäftigten Kollegen wurde von Seiten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes der Vorwurf des Streiks und Sperrbruchs gemacht. Auf den 4. Mai hatten wir deshalb eine öffentliche Metallarbeiterversammlung einberufen, um einmal Aufklärung und Klarheit in dieser Angelegenheit zu schaffen. Kollege Arzb.-M.-Gladbach schiede die Vorgänge bei der Bewegung bei der Firma, welche bereits im Februar d. J. ihren Anfang nahmen. Damals seien beide Verbände zusammen vorgegangen und die Firma habe weitestes Entgegenkommen gezeigt. Inzwischen aber sei bei den Genossen, wohl hauptsächlich durch die Einwirkung eines Donath, der unsinnige Machtbündel gewaltig ins Kraut geschossen. In einer vom sozialdemokratischen Verband einberufenen Versammlung in Düsseldorf und 14 Tage später in einer solchen in M.-Gladbach wurde der Vertreter unseres Verbandes aus dem Saale verwiesen. Am Mittwoch vor Ostern hatten dann die Genossen eine Versammlung für die fast völlig rot organisierte Gießerei der Firma Lenk anberaumt. Da an uns keine Mitteilung gemacht wurde, blieb Kollege Arzb. natürlich dieser Versammlung fern, weil er keine Lust hatte, sich auch hier wieder von den Genossen an die Lust setzen zu lassen. Auch über das Abschluß der Versammlung wurde uns seitens des sozialdemokratischen Verbandes nicht das Geringste mitgeteilt. Als dann Samstag ein christlich organisierter Formier anging, da auf einmal behaupteten die Genossen: „Hier steht die Sperrre!“ Das sei doch eine ganz ungewöhnliche Art der Sperrverhängung und man dürfe da doch wohl die Frage auftreten, ob, wenn der betreffende Formier Mitglied des roten Verbandes gewesen, auch von einer Sperrre

etwas gesagt worden wäre. Man geht wohl nicht fehl, wenn man diese Frage mit „nein“ beantwortet, denn eine Sperrre pflegt man doch vor den Mitarbeiter nicht geheim zu halten. Überhaupt sei es für eine Arbeiterorganisation, die Anspruch darauf erhebe, ernst genommen zu werden selbstverständlich, daß sie nicht blindlings alle Geheimnisse der Genossen mitmache. Wenn gemeinsam gehandelt werden sollte, so müßten erst gemeinsam die Gründe geprüft und gemeinsam über die zu ergreifenden Maßnahmen beraten werden. Aus welchen Gründen aber die Genossen diese Sperrre verhängt sei bis heute noch ihr Geheimnis. Wahrscheinlich aber wohl deshalb, weil die Firma ihren Betrieb vergrößert und mehr Formier notwendig habe. Da hätten es die Genossen durch Verhängung der Sperrre wohl erreichen wollen, den Betrieb „christlich“ zu halten. Und nun schreien die Genossen über Sperrbruch ic., weil die christlichen Arbeiter sich weigern, den Genossen zuliebe Selbstmord zu begehen. Der heutigen Versammlung felen die Genossen ferngeblieben und verstecken ihre Feigheit hinter dem scheinheiligen Glanz, auf unserem Einladungsslipsatz habe nicht „Freie Diskussion“ gestanden. Mit der Aufforderung, durch Zusammenschluß im christlichen Metallarbeiterverband den Interessen des ganzen Arbeitersstandes schädigenden Terrorismus des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes zu brechen, schloß Nebner seine mit Weiß aufgenommenen Ausführungen. In der Diskussion wies der anwesende Bezirksleiter Kollege Schnitzköln auf die Notwendigkeit des christlichen Metallarbeiterverbandes hin und betonte, daß es für uns dem sozialdemokratischen Verband und seinen Kreisberatern gegenüber hilfreich sei: „Keine Solidarität ohne Mitbestimmungsrecht!“ Wenn aus der Bewegung bei Venlo eine größere Bewegung resp. Aussperrung erwachse, so trage nicht der sozialdemokratische sondern der christliche Verband, der im Gladbachischen Bezirk mehr als doppelt so viel Mitglieder wie erster habe, vor der Deutlichkeit die Verantwortung. Datum sei es Pflicht gewesen, daß der sozialdemokratische Verband vor Verhängung der Sperrre mit unserem Verbande in Verbindung getreten wäre. Aber die gewerkschaftliche Arbeit sei diesen Leuten Nebensache; sie schließen sich ab, um in den Versammlungen ungestört in sozialdemokratischem Sinne für die kommenden Reichstagswahlen „zu arbeiten“. Die Arbeiterinteressen treten bei dieser „Arbeit“ in den Hintergrund. Die sogenannte „Sperrre“ habe man nicht einmal im Organ des roten Verbandes veröffentlicht; das sei bezeichnend. Man habe geglaubt, im Stillen tuscheln zu können — und gerade dann die Sperrre zu proklamieren, wenn ein nichtsozialdemokratischer Arbeiter anfangen wolle. Mit diesem sauberen Mittel glaubte man dann die Stellen für wahnsame Besinnungslosen offen zu halten. — Es verstoße aber auch gegen jede gewerkschaftliche Uebung, einen Betrieb zu sperren, ohne vorher mit der Firma zwecks Beseitigung des Misses in Verhandlung zu treten. Wenn nun aber die Angelegenheit etwa für die Kollegen aus dem roten Verbande üble Folgen haben werde, dann mögen sich diese bei ihrem Führer dafür bedanken. Für die christlichen Arbeiter seien diese Vorgänge eine neue Mahnung, ihren Verband und damit auch ihre Position zu stärken. Die weitere Diskussion forderte dann noch eine Reihe von Vorkommnissen zutage, die recht bezeichnend für die sozialdemokratische Massenerziehung zur Menschheitsverbesserung waren. Im Schlusshörte wies dann Kollege Schnitzköln noch darauf hin, daß die Leitung des sozialdemokratischen Verbandes den Mut hätte haben sollen, in dieser Versammlung zu erscheinen und ihr Vorgehen zu erklären oder zu vertreten. Nebner schloß mit der Aufforderung, in der kommenden Zeit für eine gründliche Aufläuterung über die Handlungswweise der Genossen zu sorgen.

Köln-Lindenthal. „Wutchaubend“ reibt sich in Nr. 20 der „Metallarbeiterzeitung“ ein gewisser Demand an dem Bericht über die Vorgänge im Köln-Lindenthaler Metallwerk in unserer Nr. 18. Nach Genossenmanter drückt sich dieser Demand an der Sache selbst vorbei und macht dafür in Stillübungen, wie: „Wutchaubend“, „Eigentheileien“, „geschnindelt“, „eine Lüge auf die andere“, „der christliche Strateg“, „München-Gladbacher Red“, „immer mehr Lügen aufeinander“, „seige geknissen“, „großen Schwund“ ic. — Fein, was? Der Mann wäre nur beinahe fertig — aber es darf doch nicht wahr sein, daß christliche Arbeiter hinter ihren Führern stehen, wenn ein gewisser Demand der Welt glauben machen muß, der christliche Führer sei „seige geknissen“. Deshalb sagt der Mann die ganze Logik zum Teufel und „polemisiert“ in der Zeitung für denselbe Genossen also:

„Mit solchen Leuten in der Zeitung zu polemieren halten wie für zwecklos. Der Artikel im „christlichen“ Metallarbeiterorgan ist mit F. K. unterzeichnet und der Name ihres Kollegen Franz Kohl mehrmals genannt. Man geht also schon wieder einen großen Schwund. Man fühlt sich selbst, den Anschein zu erwecken, als wenn die „christliche“ Leitung für den ganzen Kohl verantwortlich wäre und sieht deshalb die Anfangsbuchstaben des armen Kollegen Franz Kohl unter den Artikel.“

Und damit ist der „leitende“ Genosse, der mit uns nicht in der Zeitung polemisierte will, mit seiner „Polemisterrei“ glücklich zu Ende. Ob seine „armen“ Genossen wohl etwas damit anfangen können? Wohl schwerlich. Polemisten ist eben schwierig, wenn man den festen Boden unter den Füßen verloren hat, wie eine gewisse sozialdemokratische Leitung; da schimpft „man“ wohl mal in der Zeitung über „einen großen Schwund“, um sich selbst bei der Gelegenheit aus einer blamablen Affäre herauszuwinden und blecherne Phrasen für gute Gründe an den Mann, aber vielmehr an den „Genossen“, bringen zu können. Wir gehen deshalb auch wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Genossenleitung sich mit Vorliebe hinter dem Buch versteckt, wo sie die christliche Leitung diesmal sucht — und gern finden möchte.

Die Genossenleitung kann sich also die Schnüffelei im christlichen Lager ruhig ersparen — im eigenen Lager hat sie ja noch alle Hände voll zu tun. Bleiben wir nur auf dem Köln-Lindenthaler Metallwerk: Da hat die „Gesellschaffung“ eine „Masse“, die gewerkschaftlich noch wenig, dafür aber politisch entweder gar nicht oder ultraradikal (die Gewerksäfte berühren sich bekanntlich) erzogen ist. Da gibt's noch viel umzuschulen und zu disziplinieren. „Man“ denkt nur an die dort von den nichtcharakterisierten Genossen eigenmächtig inszenierte und im Sande verlaufene „große“ Bohrsbewegung in der Fabrikanne. — Doch, Schwamm darüber, schon im Interesse der auf dem Werke noch notwendig zu leistenden gewerkschaftlichen Arbeit.

Ebenso wenig, wie die „rote“ Leitung mit ihren „Gewerksäften“ auf dem Allerheiligen-Werk Staat machen kann, kann sie dies mit der Versammlung vom 12. April. Zwei Beamte der Verwaltungsstelle Köln und noch eine dritte „Hilfskraft“ wurden möglicherweise gemacht, um den Kollegen Gildeburg und seine „Männerkens“ Nein zu kriegen und die arg unter die Räder

gekommenen „rote Verbandschre“ wieder zu verteidigen und aufzuhören. Doch der Pferdefuß war ja nun einmal zum Vorzeichen gekommen und so mußte man schon wohl über Über zugeben, daß der „deutsche“ Metallarbeiterverband sozialdemokratische Parteiwerte verfolge — und auch neuerdings wieder Gewerkschaftsbeiträge der sozialdemokratischen Partei zu politischen Wahlzwecken zur Verfolgung gestellt wurden. Selbst die von uns geschilderten erbärmlichen Kostenverhältnisse im roten Verband mußte die „rote“ Partei bestätigen. Wer trocken: Mit welchem fanatischen Haß wurde der christliche Vertreter in dieser Versammlung beschimpft und verhöhnt! — Und wer gab den Ton bei diesem widerlichen Treiben an? Genosse Haas wird es wissen. Als nun aber Kollege Bisselkens sich gar anschickte, die „gärtliche“ Stätte zu verlassen, da zeigten sich die „Helden der Freiheit“ in ihrer ganzen Blöße. Im Gastzimmer des Versammlungshauses traktierte man ihn mit Schimpfwörtern und Drohungen, so gemein und roh, daß wir si: an dieser Stelle auch nicht einmal anbrütingweise weitergeben können. Die oben erwähnte „Hilfskraft“ fing gar an, handgreiflich zu werden und ein Früchtchen der „freien Jugendbewegung“ versuchte durch Beinstellen unsern Kollegen zu Fall zu bringen; bis auf die Straße hinaus verfolgte man ihn. Und diese „Helden“ wollen nun noch diese wüste Szene beschützen und faseln von „feige Gefüsse“. Auf welcher Seite aber die Freiheit in Wirklichkeit ist, das werden selbst diejenigen Genossen wissen, die sich noch ein wenig gesunde Urteilsfähigkeit bewahrt haben. Die beträchtlichste Art von Feiheit ist doch wohl zweifellos die, welche sich unbedeckte Wahrheiten durch einen demagogischen Appell an die niedrigsten Masseninstinkte vom Halse hält. Es ist für den Arbeitertum das größte Unglück daß Bergleichen Feiglinge ihr schmäßliches Handwerk nicht gelegt wird.

Diesjenigen Kollegen aber, die sich ihre gesunde Urteilskraft bewahrt haben, sehen zum Glück immer mehr ein, wohin die Reise im roten Lager geht. Mehr und mehr schließen sie sich deshalb dem christlichen Metallarbeiterverbande an, der nach besten Kräften und mit erschöpfendem Erfolge bestrebt ist, die wirtschaftliche Lage unseres Standes zu heben und zu verbessern. Wir sehen mit Stolz und Zuversicht auf das stetige rapide Wachsen unseres Verbandes auf der ganzen Linie, auch im Köln-Lindenthaler Metallwerk. Die „3 Männerkne“ von denen Genosse Haas in so mißleidig-verächtlich-wegwerfendem Tone sprach, sind mittlerweile schon zu „20 Mann“ geworden. Die Arbeiter lassen sich eben nicht mehr mit Phrasen blenden und willenlos am roten Parteiseit herumführen; nein, sie wollen ernste, praktische gewerkschaftliche Arbeit scheuen und die finden sie im christlichen Metallarbeiterverband.

F. R.
Aus dem Saargebiet. Ein junger Kollege aus Saarbrücken schreibt uns: Der beste Maßstab für das gewerkschaftliche Leben in einer Zählstelle ist ohne Zweifel der Versammlungsbesuch. Mit letzterem sieht es bei uns augenscheinlich nicht gerade vom besten aus. Wir halten es darum für notwendig, von dieser Stelle aus unsere Kollegen wieder an ihre Versammlungen, welche jetzt jeden dritten Sonntag im Monat zu Maß statt im „Tivoli“ stattfinden, zu erinnern. Spätestens, wo jetzt auf der ganzen Linie die Parole lautet: „Vorwärts!“, dürfen auch wir hier in der jungen Saar-Großstadt nicht zurückbleiben. Wollen wir in der kommenden Hochkonjunktur wirklich vorwärts kommen, so bedarf es der tatkräftigen Mitarbeit aller Kollegen. Also fort mit dem alten Angstgefühl, fort auch mit allen kleinlichen Entschuldigungen; besuchen wir unsere Versammlungen wieder regelmäßig, dann wird auch wieder die gewerkschaftliche Arbeitsfreudigkeit bei uns ihren Einzug halten.

J. S.

Alm a. D. Eine von über 300 Kollegen besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung hielten wir hier am 6. Mai ab. Kollege Bengler-Pforzheim sprach über die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart unter besonderer Berücksichtigung der Geschehnisse in Pforzheim. Wie die Arbeiter ihre Gewerkschaften, so haben sich die Unternehmer ihre Arbeitgeberverbände geschaffen, die namentlich in der letzten Zeit eine große Kampfeslust an den Tag gelegt. Redner erinnerte an die großen Ausperrungen von Weltfachausstellung, in der Metallindustrie in Hagen-Schwelm, den Kampf auf den Geschäftsschiffen mit der Massenausstattung im Hintergrund etc. Unter diesen Umständen sei die Einigkeit und Geschlossenheit bei Bewegungen im Arbeiterlager doppelt notwendig. Wenn man sich auch damit abfinden müsse, daß in Deutschland, infolge des Eintritts von Weltfachausstellung, die gewerkschaftlichen Organisationen in verschiedenste Richtungen zerstört seien, so könnten sie doch im gegebenen Moment vereint schlagen.“ Es sei deshalb z. B. ein Verrat an der Arbeiterschaft gewesen, als der sozialdemokratische Verband in Pforzheim einseitig in einer Lohnbewegung eintrat und die christlich organisierten Arbeiter beiseite zu schieben suchte. Die Niederlage der sozialdemokratischen Volkspartei in Pforzheim sei verdient, nur sei es zu bebauen, daß die Arbeiter dabei die Geschädigten seien. Redner ging dann auf die Einzelheiten des Kampfes in Pforzheim näher ein. Besonderes Interesse verdienten die Streikreden, hergestellt in der Streikredenabdruck des Verlags der „Metallarbeiterzeitung“. Mit diesen Pässen habe man in Pforzheim ca. 1000 rot organisierte „Streikreden“ legitimiert. Wer im Besitz dieses roten Pässes war, durfte trotz des Streiks arbeiten — wer aber von den nichtsozialdemokratischen Arbeitern dasselbe tun wollte, der war „unter allen Umständen ein Streikbrecher“, ein Schuft und Betrüger. — Schwer auf die Hühneraugen getreten fühlten sich einige anwesende Genossen, als der Redner des „großen Karl“ Pohlziers Flugblatt mit den falschen Zahlen über unseren Verband zerstört und die Unrechtmäßigkeit des Machers beim rechten Namen nannte. Durch habe zwiflend, wie „Jenitrusmetallarbeiterverband“, „Rheinfelden“ u. s. w. suchten die Herren über die verteuft unangenehme Situation hinwegzukommen.

Redner ging nun auf die Bewegung in Stuttgart näher ein. Auch dort habe man den christlichen Metallarbeiterverband, ähnlich wie bei der Klempnerbewegung auch bei der Bewegung der Schlosser wieder auszutallen wollen. Klempner will man uns gnädig gestatten — aber mitbestimmen sollen wir nicht. Da werde wir uns in der Folge stets nach dem, schon durch die Selbststätigung gebotenen Grundsatz gehandelt haben: Keine Solidarität ohne Mitbestimmungsrecht! In Stuttgart haben unsere Kollegen nur ohne den roten Metallarbeiterverband einen Tarifvertrag mit bedeutenden Verbesserungen mit der Schlosserunion abgeschlossen. Mit einer Auflösung an die unorganisierten Kollegen zum Eintritt in den christlichen Metallarbeiterverband und einem Appell an die

Kollegen zu eifriger Werbe- und Aufklärungsarbeit, schloß Redner seine bestätigten aufgenommenen Ausführungen.

In der anschließenden Diskussion sprach der Vorsitzende der hiesigen sozialdemokratisch organisierten Metallarbeiter, „Genosse“ Denker. Er erklärte sich zum Teil mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, insbesondere hob er hervor, daß in der heutigen Gesellschaftsordnung das Privatunternehmen „naturnotwendig“ sei. Dann schien er den Herausfall Pohlziers wieder gut machen zu wollen; denn er bemühte sich schweigsam, den Nachwuchs zu liefern, daß die Zahlen unserer Jahresabrechnung für 1910 nicht mit dem in dem Flugblatt: „Sand in die Augen“ übereinstimmen. Dann belämmerte noch Bentrup und Junker ihr Teil ab und zum Schlusse brachte ihm die Reaktion bes: „Wer steht ist, soll nicht bleiben“, den Weißsel seiner in einer Anzahl von 60 erschienenen Mitgliedern ein. Kollege Bengler wiederlegte sachlich und treffend die Einwendungen des Genossen. Als er die Zahlen auf dem Flugblatt nochmals als richtig feststellte, gebärdeten sich die Genossen wie von Stunten. Halbwegs berührte waren sie erst wieder, als der Vorsitzende sie darauf aufmerksam gemacht, daß die Zahlen des Flugblatts doch schlechterdings nicht mit der Abrechnung von 1910 stimmen könnten, da sie doch der vorhergehenden Jahresabrechnung entnommen seien. Fest und steif suchten dann die Genossen dem Referenten gegenüber abzustreiten, daß der „Deutsche“ Metallarbeiterverband sozialdemokratisch sei. Helle Röpke fürwahr, die Genossen! — Zum Schlusse forderten Referent und Vorsitzender die Kollegen auf, sich überall offen und frei als christliche Metallarbeiter zu betätigen und eifrig und unausgesetzt für die weitere Ausbreitung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes zu sorgen.

Schwelm. Zu einer vernichtenden Abrechnung mit der schärfsten Agitationspraxis und Kampfesweise des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes gestaltete sich die am 20. Mai von unserem Verbande in Schwelm einberufene öffentliche Versammlung. Bezeichnend für den „Mut“ und das „gute Gewissen“ der sonst so brutal veranlagten Genossen war die Tatsache, daß sie am Eingang des Saales ihres Schäßlein vom Eintritt abhielten, wohl deshalb, damit sie an der Wahrheit nicht zu Schaden kämen. Das tat jedoch der Versammlung keinen Abbruch. Bis auf den letzten Platz war der Saal gefüllt, und zwar beratt, daß manche sich mit einem Stehplatz begnügen müssten. Die übergroße Anzahl der Teilnehmer setzte sich aus christlich organisierten Arbeitern zusammen. Nur wenige „disziplinlose“ Genossen hatten sich eingefunden. In eingehender Weise beschäftigte sich Gewerkschaftssekretär Kollege Alf-Hagen mit der verlogenen Kampfesweise des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes und seines gloriosen „Lügen“ Peters von Hagen. Wort für Wort des Tadelblattes, welches Ernst mit seinem Motto: „Sie lügen wie die Teufel ic.“ überschrieben hatte, brandmarkte Kollege Alf an Hand von untrüglichen Beweisen als Lüge und Verleumdung. Eingehend schlägt er den Verdacht der Bewegung bei der Firma Eiden und zeigte, daß der Vorwurf des Arbeiterversatz auf niemanden besser zutreffe, wie auf den Chef des Betriebes desselben. In scharfer Weise protestierte er gegen die den ganzen Charakter eines Ernst darlegenden Behauptung: „daß Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes z. B. habe keine Kollegen, für die er als Kommissionsmitglied eintreten sollte, bei Eiden verraten“. An Gerichtsstelle werde der Beweis schon erbracht werden, daß die Ehre auch christlich organisierter Arbeiter nicht vogelfrei und daß ein Ernst wahrschälig die ungeeignete Person sei, andere, anständige Leute, mit seinen Unterstellungen zu beschulen. Nicht die Haltung des christlichen Metallarbeiterverbandes, sondern einzig und allein der Größenwahn eines bekannten roten „Führers“ sei die Ursache, daß auch bei den anderen in dem „Lugblatt“ erwähnten Bewegungen die Arbeiterschaft nicht so abgeschnitten habe, wie es möglich gewesen sei, wenn dieser „Führer“ die Bewegungen nicht unter Ausrichtung des christlichen Metallarbeiterverbandes zu führen versucht hätte. Heute, wie immer steht der christliche Metallarbeiterverband auf dem Standpunkt: „Ohne Mitbestimmungsrecht keine Sozialistität!“ Wir kümmern uns nicht um Bechlüsse, die in roten Metallarbeiterversammlungen gefaßt werden; wo wir nicht mitmachen können, later wie auch nicht mit! Die Wahrheitsscheine eines Ernst gehe auch aus seinen Veröffentlichungen in seinem Leibblatt „Freie Presse“ hervor. Hier habe man gegen den Führer des Firsch-Dunderischen Gewerkschaften die unqualifizierten Vorwürfe erhoben. Leider gebe es noch eine große Anzahl sozialdemokratischer Arbeiter, die auf die „Freie Presse“ mehr wie aufs Evangelium schauten. Einige machten Gebrauch von den Antworten und die Folge war, daß sie vor Gericht sitzt und wegen Beleidigung verknüpft wurden, während der „unrechte Verfaßter“ sich hinter des Richterstuhls versteckt. Wenn aber jemand ihm zu nahe trete, markiere er den Entrüsteten und nehme direkt die Fülle der verschwiegenen Klassenjustiz in Anspruch, um seine „Ehre“ wieder reparieren zu lassen. Auch die öffentliche Versammlung unseres Verbandes in Hagen habe Ernst wieder zu einem Artikel begrüßt, der recht treffend beweist, in welcher Weise er mit der Wahrheit umspringt. Kollege Alf hat dort an Hand von Zahlen ein Bild der Entwicklung der Organisationen gezeichnet. Genosse Ernst versucht nun in der „Freien Presse“ das Messische Zahnenmaterial als erfolg hinzuholen. Zu diesem Zwecke greift er wieder zu einer Lüge. Alf hatte dagelegt, daß vom 1. Oktober 1908 bis zum 1. Juli 1910 der christliche Metallarbeiterverband in Hagen einen Zuwachs von 436 Mitgliedern hatte, während der rote Verband in der gleichen Zeit um 635 Mitglieder zurückging. Der wahrheitsliebende Genosse sieht sich nun hin und fällt die Zahl 1910 in 1909 um und baut darauf allerlei Rechtfertigungen auf. Die Antwort der christlichen Arbeiterschaft auf solche Machinationen sei: „Katholische Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes!“ Dadurch werde solchen Igittatoren das unsaubere Handwerk schon gelegt werden.

In der Diskussion sprach zuerst der Genosse W., der aber so ungutes Zeug verzapfte, daß man die Organisation, die solche Sprüche vorbringt, schließlich mit bedauern kann. In sehr diplomatischer Weise wurden die Messischen Ausführungen von einer ganzen Reihe von Rednern ergänzt und durch Wiedergabe von Stichworten die Agitationspraxis des roten Verbandes gründlich beleuchtet. Nur einige seien hier hervorgehoben. Zu einem Betriebe Schwelms sei einem Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes von seinen roten „Collegen“ die blaue Zoppe entwendet und die Knöpfe vom Überzieher geschnitten worden. Zu einem anderen Betriebe hätten Genossen einen Kollegen, der sich christlich organisiert wollte, mit dem Aufnahmeechein des christlichen Metallarbeiterverbandes für den roten Verband aufgenommen und ihm, da-

mit dem Schwund nicht herauszunehmen sollte, bis auf den heutigen Tag das Mitgliedsbuch vorenthalten. In seinem Schlusswort hält Kollege Höher noch eine scharfe Abrechnung mit den Noten und zeigt, daß gerade der sozialdemokratische Metallarbeiterverband am wenigsten in der Lage sei, christliche Arbeiter als Streikbrecher zu bekämpfen. Unser Ehrenschilde sei blank und rein, was bei dem roten Verband entschieden nicht der Fall sei. Das bewiesen zur Güte die Kommunisten in Solingen, Pforzheim, Eisenburg etc., wo man den Streikbrecher sogar organisiert habe und den eigenen Brüderorganisationen in den Rücken gefallen sei. Zum Schlusse wurde dann mit überwiegender Majorität folgende Resolution angenommen:

„Die heutige, gut besuchte, seitens des christlichen Metallarbeiterverbandes einberufene öffentliche Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Kollegen Alf völlig einverstanden. Sie verurteilt ganz entschieden die bisherige Agitationspraxis des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes. Die Versammlung erblickt in dieser verleumderischen Kampfesweise eine Schwächung der Arbeiterschaft, weil dadurch die Einigkeit untergraben und damit die Bedeutung jedes positiven Erfolges zerstört wird. Sie ersicht in dem weiteren energischen Ausbau des christlichen Metallarbeiterverbandes das einzige Mittel, um dem erfolgreich im Interesse der ganzen Arbeiterschaft entgegen zu wirken und verpflichtet sich, in diesem Sinne unausgesetzt tätig zu sein.“

Briefkasten.

An Mehere. Da nun mangels halber mußten eine Anzahl Einsendungen wieder zurückgestellt werden.

Sterbetafel.

Lippstadt. Am 15. Mai starb unser Kollege Franz Wörmeier im Alter von 26 Jahren an Tuberkulose.

Nachen. Am 9. Mai starb unser langjähriger und treuer Verbandskollege Joh. Leonh. Theissen an Lungenentzündung im Alter von 51 Jahren.

Brackwede. Am 4. Mai starb unser Kollege Eduard Landwehr im Alter von 20 Jahren infolge Darmverschlingung.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen!

Versammlung ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Böckum II. Versammlung Sonntag, den 11. Juni, morgens 11 Uhr bei Lach (Schrein Skanier) am Volksturm.

Bremervorstadt. Samstag den 3. Juni abends 8 $\frac{1}{2}$, Uhr Versammlung mit Vortrag über die Reichsversicherungsordnung.

Chemnitz. Sonntag den 11. Juni, vorm. 11 Uhr Versammlung im Preußischen Hof, Brauhausstr. 13.

Düsseldorf-Mettmann. Mittwoch, den 7. Juni, abends 8 $\frac{1}{2}$, Uhr Versammlung bei Otto Eiden, Neanderstr.

Düsseldorf. (Klemperer u. Installateure). Mittwoch, den 7. Juni, abends 9 Uhr Branchenvergnügung bei Hagedorn, Außenstr. 45.

Düsseldorf-Eller. Sonntag, den 11. Juni, vormittags 11 Uhr Versammlung bei Eiser, Hanauerstr.

Düsseldorf-Herdt. (Handweiser). Sonntag, den 11. Juni, vormittags 11 Uhr Versammlung bei Schmidt, am Handweiser.

Dortmund. Am 6. Juni (Königstagsstag), abends 8 Uhr große Versammlung bei Kunz, Ecke Karl- und Kiesstr. Thema: Die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften. Ref.: Koll. Wesp. Keiner darf fehlen.

Eisenach. Samstag den 8. Juni abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr in der Clemens-

Großenhain. Versammlung am Montag, den 12. Juni, punkt 7 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Weller.

Krefeld. Samstag, den 10. Juni, abends 1 $\frac{1}{2}$ Uhr Versammlung mit Vortrag des Koll. Wagner: „Unser Verband im Jahre 1911“.

Karlsruhe. Samstag, den 10. Juni, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr Versammlung im Palmarianer. Vorher Vorstands- und Vertrauensmänner-Sitzung; Abrechnung mit dem Hauptkassierer.

Köln-Lindenthal. Samstag, den 8. Juni Versammlung der Christlichen Organisierten Kollegen aller Berufe bei Sadeler, Bachemstr. Referent: Kollege Henfeler, Duisburg.

Köln-Hahn. Samstag den 8. Juni abends 9 Uhr Versammlung.

Köln-Humboldt-Kolonie. Sonntag, den 11. Juni, morgens 11 Uhr Versammlung bei Hahn, Wallstraße.

Köln-Merheim. Sonntag, den 11. Juni, morgens 11 Uhr Versammlung bei Schuhmacher.

Köln-Rath-Heumar. Sonntag, den 11. Juni, mittags 1 Uhr Versammlung bei Krein.

Köln-Ehrenfeld. Samstag, den 8. Juni, abends 9 Uhr Versammlung bei Körbner.

Köln-Kalk. Samstag, den 8. Juni, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr Mitgliederversammlung bei Hönigenberg, Breuerstraße. Alle erscheinen.

Köln-Stadt. Samstag, den 10. Juni abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im Kiesel, Breiterstraße 114 außerordentliche Generalversammlung. Alle Kollegen müssen erscheinen.

Köln-Ostkreis. Samstag, den 10. Juni, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr Versammlung bei Schmidt.

Überseeblick. Samstag, den 10. Juni Versammlung mit Vortrag des Koll. Alf-Hagen.

Delitz. Samstag, den 3. Juni, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr Versammlung bei Sommer.

Mülheim-Oberhausen-Sterkrade. (Ortsverwaltung). Die für den 11. Juni angekündigte Generalversammlung kann an diesem Tage nicht stattfinden.

Recklinghausen. Versammlung am 14. Juni, punkt 7 Uhr bei Wallenbauer.

Modelltischler

Sollte, saubere und selbständige Arbeiter für dauernde Arbeit bei hohem Lohn sofort gesucht. Beherberaten Umzugsvorbereitung.

Vereinigte Modellsabriken, Landsberg a. R.

Einige tüchtige, militärische
Kupferschmiede auf Apparatebau für sofort gesucht. Nur solche, welche auf dauernde Stellung reflektieren, wollen sich melden. Angebote mit Lohnansprüchen und Belegschaftschriften erbeten an

W. C. Heraeus, Hanau a. M.
— Abt. Aluminium. —